

b unabhängige **40 JAHRE** **auernstimme**

November 2016

Nummer 404 – K 12858 / 3,45 €



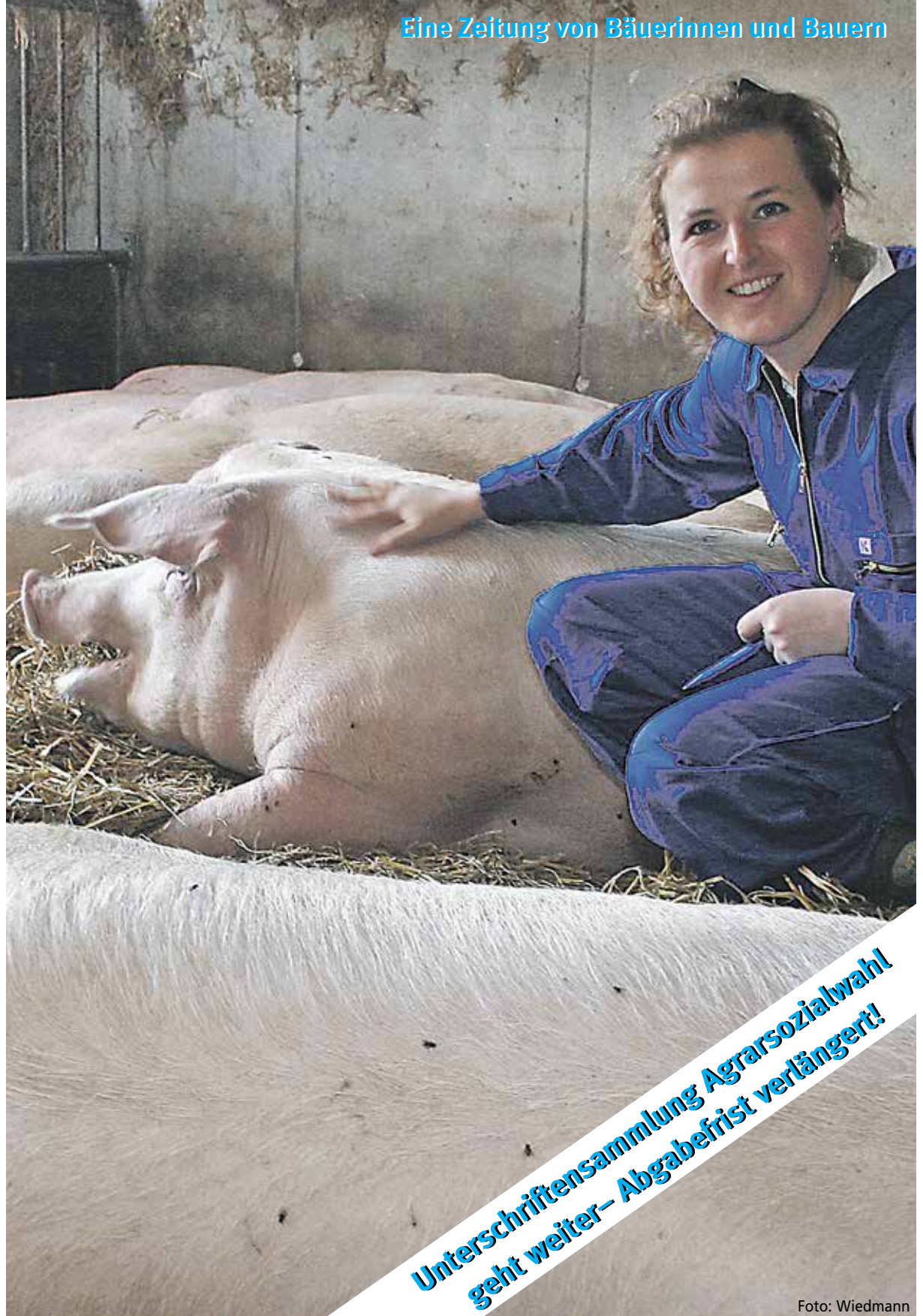
Für die Reform der EU-Agrarpolitik hat die ABL ein Punktesystem entwickelt. Eine Reform des Bodenmarkts wird zur Mutprobe für Länderminister. Freihandelsabkommen bleiben ein Ärgernis.



Die Tierhaltung wird sich in Deutschland zu Gunsten von mehr Tierwohl ändern müssen. Es gilt den Markt zu differenzieren und langjährige Erfahrungen von Neulandbetrieben zu nutzen.



Nutztiere im Fokus der Gentechnikindustrie. Die Zulassung alter Gentech-Maissorten durch die Kommission und das Ringen um eine nationale Verbotsmöglichkeit



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Unterschriftensammlung Agrarsozialwahl geht weiter – Abgabefrist verlängert!

Foto: Wiedmann

Mensch und Tier



Die Seite 3

Land gerecht verteilen - überall 3



Agrarpolitik

Mit Punktesystem für multifunktionale Landwirtschaft..... 4
 Transparenter Bodenmarkt 5
 „Zustimmung nur unter bestimmten Bedingungen“ 16
 Widerstand gegen CETA 17



Milch

Branchenorganisation Milch 6
 Milch und Macht 7



Bewegung

Unterstützer für freie Listen 8
 „Wir haben es satt!“ trifft sich im Herzen Berlins..... 9
 Jetzt auch Gentech-Kühe?..... 15
 Aus den Ruinen der Industriegesellschaft..... 18
 Hat der bäuerliche Familienbetrieb Zukunft?..... 19
 Kommission plant Gentechnikanbau in Europa 20
 Bauern lehnen Gentechnik-Flickenteppich ab. 21



Schwerpunkt

Tiere und Bauern nicht überfordern 11
 „Wir müssen uns vieles in der Tierhaltung neu erarbeiten“ ... 12
 Tierhaltung muss gesellschaftlich getragen sein 13

Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Tierhaltungswende anpacken !

Die Meinungsforscher, die vor Jahren prophezeiten, das Thema landwirtschaftliche Tierhaltung werde ein Dauerbrenner in der gesellschaftlichen Debatte, haben Recht behalten. Die Geflügel- und Schweinehalter fühlen sich angegriffen, haben sie doch nur das gemacht, was ihnen von der Wissenschaft, der Politik und der Beratung empfohlen wurde: quantitatives Wachstum für den Exportmarkt unter Kostenführerschaft. Das Tierwohl spielte bei der Entwicklung eine sehr untergeordnete Rolle. Das hat sich in den letzten Jahren sehr stark verändert, und für die Gesellschaft ist die Art der Tierhaltung immer bedeutender geworden. Die Ställe müssen also den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden, wenn die Landwirtschaft nicht dauerhaft am Pranger stehen will.

Aber es wird nicht reichen, eine Strohraufe in den Stall zu hängen oder den Tieren zehn Prozent mehr Platz zu bieten. Es wird weit reichende Veränderungen geben müssen. Das Neuland-Programm zeigt seit fast 30 Jahren, wie eine artgerechte Nutztierhaltung aussehen kann.

Der wissenschaftliche Beirat hat in seinem Gutachten aufgezeigt, wie eine Tierhaltungswende in Deutschland vollzogen werden kann. Ihre Aufgabe haben die Wissenschaftler sicherlich nicht darin gesehen aufzuzeigen, wie man die Einkommen der Bauern verbessern kann. Bestandsgrößen spielten für sie auch keine Rolle. Aber dennoch sind dort Maßnahmen beschrieben, die einen Umbau der Tierhaltung voranbringen können. Minister Schmidt hat leider bislang noch nicht erkannt, dass jetzt Handeln angesagt ist. Zu hoffen ist, dass sein dreistufiges Tierwohl-Label, welches er zur Grünen Woche 2017 vorstellen will, eine Premiumstufe beinhaltet, die dem Neuland-Standard entspricht. Es wird im Moment auf dem Markt viel mit Tierwohl geworben, auch dort, wo leider keines dahinter steckt. Ein gutes Label könnte hier für Klarheit sorgen.

Aber auch die Länder sind gefordert, verbesserte Tierhaltungsbedingungen über die zweite Säule zu fördern. Die Stallbauförderungen sind ebenfalls nur noch für Ställe zu gewähren, die ein sehr hohes Maß an Tierwohl gewährleisten.

Landwirten mit Stallbauplänen ist dringend zu empfehlen, mindestens keine Ställe nach altem Muster mehr zu bauen, welche in wenigen Jahren dann wieder teuer umgebaut werden müssen. Insbesondere Schweinehalter sollten nur Stallsysteme wählen, bei denen auf das Kupieren der Schwänze verzichtet werden kann.

Bei aller Kritik an der Brancheninitiative Tierwohl war sie doch ein Angebot an die Landwirte, erste Schritte in Richtung Haltungsverbesserungen zu machen. Aber zum einen müsste sich das Programm durch verbesserte Angebote an die Tiere weiterentwickeln, zum anderen ist hierfür natürlich viel mehr Geld notwendig, als bislang vorgesehen ist. Als entscheidende Frage bleibt, wie die bäuerlichen Betriebe von einer artgerechten Tierhaltung profitieren können, über die Tatsache hinaus, dass sie dann nicht länger im Kreuzfeuer der gesellschaftlichen Kritik stehen. Eine vernünftige Tierhaltung verursacht mehr Arbeit, die entlohnt werden muss, das höhere Platzangebot und Stroheinstreu verursachen weitere Kosten. Als das Neuland-Programm entstand, hat die AbL neben den Bestandsobergrenzen für eine gerechte Entlohnung der zusätzlichen Arbeit gestritten. Die Verkaufspreise an die Endkunden müssen entsprechend verhandelt werden! Dieses wird der entscheidende Punkt sein, um die Bauern für den Tierschutz zu begeistern. Ein positives Beispiel, wie so etwas laufen kann, haben die Bauern aus Baden-Württemberg geliefert, die Edeka Südwest mit Schweinen der Premiumstufe des Tierschutzlabels beliefern. Sie haben eine Gesamtkostenkalkulation aufgestellt und so einen auskömmlichen Preis mit einer zehnjährigen Garantielaufzeit verhandelt. Es wird letztendlich von uns Bäuerinnen und Bauern abhängen, ob es eine erfolgreiche Tierhaltungswende geben wird. Aber es ist auch eine Chance, wieder mehr Wertschöpfung auf die Betriebe zu holen und die Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen zu halten, packen wir es an!

Martin Schulz,
 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Land gerecht verteilen – überall

Deutsche Politikrepräsentanten engagieren sich gerne für Gerechtigkeit im Ausland, zu Hause tun sie sich schwerer

Am 21. und 22. September luden die Bundesministerien für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter dem Titel „Was tun wir für sichere Landrechte und nachhaltiges Landmanagement?“ zur Evaluation der bisherigen Umsetzung der „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security“ (offizielle Abkürzung VGGT oder TG, zu deutsch: Freiwillige Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten an Land, Fischgründen und Wäldern im Rahmen nationaler Ernährungssicherheit).

Was ist das? Ein weiteres unübersichtliches UN-Dokument, dessen Titel sich schon niemand merken kann? Ein weiterer Papiertiger mit schönen Vorsätzen, aber schon dem Namen nach freiwillig, weshalb mit einer Umsetzung kaum zu rechnen ist? Die Entstehungsgeschichte und die bisherige Anwendung geben Anlass zu Hoffnung. Es könnte ein Hebel sein, Landverteilung auch bei uns demokratischer und transparenter zu gestalten und sowohl zwischen Behörden und Landnutzern als auch zwischen den „entwickelten“ Ländern und dem globalen Süden eine Kommunikationskultur zu etablieren, die durch gegenseitiges Lernen auf Augenhöhe geprägt ist. Die Land-Leitlinien sollen gerechten Zugang zu Land, Fischgründen und Wäldern sowie Rechtssicherheit diesbezüglich fördern, um weltweit Hunger und Armut zu bekämpfen. Sie sind zunächst als „freiwilliger Leitfaden“ gedacht, auf den sich Regierungen und Unternehmen, aber auch NGOs bei der Gestaltung von Landgesetzgebung und Investitionspartnerschaften stützen können. Bevor 2011/12 die abschließenden Verhandlungen im Welternährungsrat (CFS) stattfanden, wurden in einem breit angelegten Beteiligungsprozess zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaft, Privatwirtschaft sowie Regierungs- und UN-Institutionen aus über 130 Staaten konsultiert. Dadurch genießen die Land-Leitlinien international eine hohe Legitimität, die auch die Bundesregierung ausdrücklich anerkannt hat. Indigene Gruppen und kleinbäuerliche Organisationen spielten in diesem Prozess eine wichtige Rolle, und so behandelt je ein ganzes Kapitel die Berücksichtigung informeller Nutzungsrechte und die Rechte von Indigenen.

Nicht nur das, im ganzen Dokument wird immer wieder dazu aufgefordert, die Gleichberechtigung der Geschlechter und marginalisierter Gruppen zu fördern, bei allen Prozessen alle betroffenen Akteure zu beteiligen, die Benachteiligten beim Wahrnehmen dieser Möglichkeiten zu unterstützen und die Bedeutung von Kleinerzeugern für die nationale Ernährungssicherheit und die soziale Stabilität zu berücksichtigen.

Organisierter Austausch

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört auch die regelmäßige Evaluation zum Stand der Umsetzung. Also wurden vier Jahre nach der Unterzeichnung des Dokuments die vier Sektoren (Privatwirtschaft, Regierung, Wissenschaft, Zivilge-



Land gerecht verteilen

Foto: Richter/pixelio

sellschaft) um Stellungnahmen zur Umsetzung in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und in Deutschland gebeten und zur Berichterstattung und Planung des weiteren Vorgehens nach Berlin geladen. Beispielhaft für die Umsetzung in Entwicklungsländern waren darunter Sprecher der NGO Green Scenery aus Sierra Leone, die dort eine Schlüsselrolle für die Einbeziehung von Bürgerinteressen in den TG-Prozess spielt. Es ist unter anderem dem Beispiel Frankreichs und insbesondere dem Engagement von NGOs wie FIAN und Oxfam zu verdanken, die über die gemeinsame AG Land an der Konzeption der Veranstaltung beteiligt waren, dass sie überhaupt in dieser Form stattfand und dass auch der Zugang zu Land in Deutschland thematisiert wurde. Bisher finden die Land-Leitlinien vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit Beachtung, da die Bundesregierung erklärt hat, dass von ihr

geförderte Vorhaben der finanziellen und technischen Zusammenarbeit den Land-Leitlinien entsprechen sollen. Einzelne Äußerungen von Vertretern der beiden großen deutschen Organisationen zur Entwicklungszusammenarbeit, GIZ und DEG, erweckten allerdings den Eindruck, sie verstünden unter Transparenz vor allem, dass investierende Unternehmen ihnen ihre Bücher offen legen und weniger, dass Menschen in Sierra Leone über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze informiert werden. Auch beim BMEL bemüht sich vor allem das Referat für „Welternährung und internationale Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisationen“. Obwohl die Berichte zur Lage in Deutschland für den zweiten Tag angesetzt wurden, waren die für heimische Angelegen-

heiten zuständigen BMEL-Mitarbeiter nur am ersten Tag anwesend.

Verantwortungsvolle Bodenpolitik

Der Deutsche Bauernverband und die Landgesellschaften waren nicht vertreten. Auf Kritik reagieren die etablierten Kräfte empfindlich. Nachdem Mario Reißlandt vom Bündnis Junge Landwirtschaft, ein landwirtschaftlicher Neueinsteiger in Brandenburg, seine Schwierigkeiten mit der BVVG geschildert hatte, hielt der extra wegen dieses Vortrags angereiste BVVG-Vertreter eine entrüstete Gegenrede, in der er die Transparenz seines Unternehmens betonte und die genannten Undurchsichtigkeiten als bedauerliche Einzelfälle abtat. Sein Engagement war wohl auch deshalb so vehement, weil die BVVG ihre Erfahrung mit der Privatisierung von Staatsland und Korruptionsvorbeugung inzwischen durch Beratungstätigkeit in Drittländern

weitergibt. Benedikt Haerlin prangerte als Vertreter des wissenschaftlichen Sektors die Intransparenz im Insolvenzverfahren der KTG Agrar an. Eine BMEL-Mitarbeiterin gab im Gespräch an, das Ministerium sei bezüglich des Weiterverkaufs der Flächen vollkommen handlungsunfähig. Verantwortungsvolle Bodenpolitik im Sinne des öffentlichen Gutes Ernährungssicherung sollte auch in Deutschland anders aussehen.

Vieles noch möglich

Die AbL könnte sich die Land-Leitlinien stärker zunutze machen. Die Europäische Koordination von La Via Campesina verfasste ein People's Manual, in dem der Text anschaulich aufbereitet wurde und veranstaltete Anfang 2015 zwei Workshops, um die Mitgliedsorganisationen und andere NGOs in ihrer Anwendung zu schulen. Diesen Prozess in Deutschland fortzusetzen, wäre wünschenswert, um den gerade vorhandenen Schwung zum Beispiel auf die Forderung nach wirksamen Agrarstrukturgesetzen zu lenken. Voraussichtlich wird es von Seiten des BMEL eine Studie geben, die die Übereinstimmung der deutschen Bodenpolitik mit den Land-Leitlinien untersucht, um gegebenenfalls Handlungsbedarf sowie Best-Practice-Beispiele auszumachen. Außerdem hat das BMEL aus der Veranstaltung die Anregung mitgenommen, die Länderministerien stärker zu informieren und in den Umsetzungsprozess für Deutschland einzubinden. Es macht Hoffnung, dass ein Dokument mit dem übergeordneten Ziel der Ernährungssicherung ganz vom gerechten Zugang zu Land, Fischgründen und Wäldern her gedacht ist. Ein fundamental einleuchtender Zusammenhang, der in einem Land mit immer vollen Supermärkten doch leicht vergessen wird. Müsste nicht auch bei Debatten über Armut in Deutschland die Landverteilung thematisiert werden? Auch die Kommunikationskultur, die bei Land-Leitlinien-Veranstaltungen praktiziert wird, macht Hoffnung. Stühle sind eher kreisförmig angeordnet, es gibt Raum für Arbeitsgruppen, in denen Teilnehmer aus verschiedenen Sektoren gemeinsam die nächsten Schritte diskutieren. Das wirkt wie ein Gegenmodell zu der ebenfalls noch spürbaren Kolonialmentalität und zu Investitions-„Partnerschaften“, die mehr auf Profit als auf nachhaltige Entwicklung vor Ort ausgerichtet sind.

Kaya Thomas, junge AbL

Mit Punktesystem für multifunktionale Landwirtschaft

Neuer AbL-Vorschlag für nachhaltige Reform der europäischen Agrarpolitik nach 2020

Im EU-Agrarhaushalt sind innerhalb der so genannten ersten Säule die Direktzahlungen als Einkommensabsicherung für Bäuerinnen und Bauern gedacht – werden aber von vielen mit kleineren bis mittleren, viehhaltenden und vielfältig strukturierten Betrieben als zutiefst ungerecht empfunden. Denn die Flächenprämien werden unqualifiziert je Hektar ausbezahlt und sorgen linear fortgeführt für eine stärkere Einkommensunterstützung und Kapitalverfügbarkeit bei Betrieben mit großer Flächenausstattung und rationalisierter Bewirtschaftung. Je mehr die Konzentration von landwirtschaftlichen Betrieben zunimmt und die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgt, desto mehr ist jedoch auch die „Multifunktionalität“ der Landwirtschaft gefährdet. Denn der größtenteils auf Kostenführerschaft basierende Markt für Agrarprodukte honoriert gesellschaftlich bedeutsame Leistungen und den dafür nötigen Aufwand nicht.

Elf Kriterien der Bewirtschaftung

Für die nächste anstehende Reform der GAP nach 2020 hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) deshalb einen neuen Vorschlag zur Verteilung der Direktzahlungen entwickelt: Mit Hilfe eines Punktesystems sollen die Flächenzahlungen qualifiziert werden, je nach Bedeutung der Bewirtschaftung für Lebensmittelherzeugung, Pflege der Kulturlandschaft, artgerechte Haltung von Nutztieren, Schutz des Trinkwassers, der Bodenfruchtbarkeit und der Ar-

tenvielfalt. Möglichst praxisnah wurden elf Kriterien abgeleitet, deren Ausprägung aus den Betriebsdaten einfach zu entnehmen ist und die Anzeichen für eine multifunktionale Landwirtschaft sind: Schlaggröße (1), Fruchtfolge (2), Leguminosenanteil (3), Verzicht auf Totalherbizide (4), Grünland (5), extensives Grünland (6), Bodenpunkte (7), Landschaftselemente (8), bodengebundene Tierhaltung (9), Lebensmittelerzeugung (10) und Tierbestandsgröße (11). Innerhalb der Kriterien werden Einteilungen vorgenommen und jeweils mit gestaffelten Punktezahlen z. B. in der Größenordnung von Null bis 40 versehen. So bietet eine vielfältige Fruchtfolge ökologische Vorteile u. a. für die Biodiversität; dementsprechend wird die Anzahl der Kulturen im Betrieb bewertet: weniger als drei mit null Punkten, drei mit sechs Punkten, vier mit zehn Punkten, fünf oder mehr mit 20 Punkten. Tierhaltung fließt in die Punktezahl entsprechend dem Viehbesatz pro Fläche und der Bestandsgröße pro Betrieb ein.

Die Summe der bei allen Kriterien erreichten Punkte im einzelnen Betrieb bestimmt dann die Höhe der Zahlungen für den Betrieb. Dabei setzt sich die Prämie zusammen aus einer Basisprämie und zwei weiteren Komponenten, die sowohl die Fläche als auch die Tierhaltungsform des Betriebes berücksichtigen. Mindestens 0,2 Normarbeitskräfte (berechnet nach KTBL) muss ein Betrieb grundsätzlich nachweisen, damit er berechtigt ist, Geld aus dem EU-Haushalt zu erhalten. Die

flächenabhängigen Zahlungen sollen degressiv ausgestaltet werden.

- Die Basisprämie entspricht der Punktezahl des Betriebes, multipliziert mit einem festzulegenden Euro-Betrag je Punkt, z. B. 30 Euro.

- Die Leistungsprämie je Fläche errechnet sich, indem die Punktezahl mit der Hektarzahl der Betriebsfläche multipliziert wird; je Punkt wird hier z. B. ein Euro vergeben.

- Zudem gibt es eine nach Aufstallungsart differenzierte Tierprämie, je nachdem, wie artgerecht die Haltung gestaltet ist und bezogen auf die Großvieheinheiten im Betrieb (bis zu einer Betriebsgröße von maximal 300 GV).

Die Punktezahl geht also sowohl in die Basisprämie als auch in die Flächenprämie ein, die auf diese Weise je nach Art der Bewirtschaftung und der Betriebsstruktur differenziert wird. *cw*

Beispielrechnungen:

Als Hintergrund und Berechnungsgrundlage dienen vorab festgelegte Zahlen einer Punktetabelle mit Einteilung der Kriterien und aufgliederter Bewertung der Tierhaltung je nach Haltungsform; weiterhin für die Basisprämie: 30 Euro je Punkt (€/Pkt.); für die Flächenprämie: Summe der Punkte multipliziert mit 1€/ha; für die Tierprämie: festgelegter Geldbetrag je GV, gestaffelt von Null bis 50 €/GV

1. Betriebsbeispiel:

20 Kühe plus Nachzucht (30 GV) ; 20 ha (1,5 GV/ha)
extensives Grünland: Laufstall, Weidegang
durchschnittl. Schlaggröße 3 ha
50 Bodenpunkte;
2000 qm Landschaftselemente
Verzicht auf Totalherbizide

Basisprämie	232 Punkte x 30 €	6.960 €
Flächenprämie	232 €/ha x 20 ha	4.640 €
Tierprämie	30 GV x 50 €	1.500 €
Summe		13.100 €

2. Betriebsbeispiel:

100 ha reiner Ackerbau
durchschnittl. Schlaggröße 3,5 ha
5-gliedrige Fruchtfolge; 70 Bodenpunkte
2 ha Landschaftselemente;
Verzicht auf Totalherbizide

Basisprämie	145 Punkte x 30 €	4.350 €
Flächenprämie	145 €/ha x 20 ha	14.500 €
Tierprämie		0 €
Summe		18.850 €

3. Betriebsbeispiel:

100 Kühe plus Nachzucht (150 GV); 100 ha (1,5 GV/ha)
30 % Grünland, intensiv; Laufstall, kein Weidegang, kein Außenklima
durchschnittl. Schlaggröße 5 ha; 10 % Leguminosen
65 Bodenpunkte;
1 ha Landschaftselemente
Verzicht auf Totalherbizide

Basisprämie	185 Punkte x 30 €	5.500 €
Flächenprämie	185 €/ha x 20 ha	18.500 €
Tierprämie	150 GV x 50 €	3.000 €
Summe		27.050 €

4. Betriebsbeispiel:

100 Kühe (150 GV); 100 ha (1,5 GV/ha)
70 % Grünlandnutzung, extensiv; Laufstall, Weidegang
durchschnittl. Schlaggröße 5 ha
40 Bodenpunkte;
1 ha Landschaftselemente
Verzicht auf Totalherbizide

Basisprämie	230 Punkte x 30 €	6.900 €
Flächenprämie	230 €/ha x 20 ha	23.000 €
Tierprämie	150 GV x 50 €	7.500 €
Summe		37.400 €



Vielfalt und Struktur brauchen Pflege - und Unterstützung

Foto: BLE/Menzler



Bei Bodenmarkt und -verteilung genau hinschauen

Foto: STMELF Bayern

Transparenter Bodenmarkt

Die Länder haben es in der Hand, den Grundstücksverkehr neu zu erden

Als Problem sind die hohen und steigenden Bodenpreise sowie ihre Anziehungskraft auf nichtlandwirtschaftliche Investoren mittlerweile in erstaunlicher Breite anerkannt – nur über politische Konsequenzen wird gestritten. Die aktuelle Neugestaltung des z. T. uralten Bundesbodenrechtes ist mittlerweile Ländersache. Ein eigenes, hauptsächlich zusammenfassendes Agrarstrukturverbesserungsgesetz hat jedoch bisher nur Baden-Württemberg. Zuletzt hatte sich der ehemalige Landwirtschaftsminister Sachsen-Anhalts, Hermann Onko Aeikens (CDU), an Änderungen für den Grundstücksverkehr heran gewagt – und seine Initiative Ende 2015 zurückgezogen, weil er massiven Widerstand von Genossenschaftsbetrieben und Bauernverband erntete, die allein nichtlandwirtschaftliche Investoren vom Bodenmarkt fern halten wollen. Aeikens Entwurf sah vor, Anteilsverkäufe ab einer bestimmten Größenordnung unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen und Eingriffsmöglichkeiten bei Flächenkonzentrationen zu schaffen. Transparenz und eine breite Eigentumsstreuung gegen unbemerkte, großflächige Landnahme: ein in erreichbare Nähe gerücktes, neues agrarstrukturelles Ziel? Aeikens' Nachfolgerin im Amt, Claudia Dalbert (Grüne), sieht für sich im neuen Koalitionsvertrag den Auftrag zur Neuauflage: „Aufbauend auf dem Leitbild soll eine Gesetzesinitiative zur Reformierung des Bodenmarktes erfolgen, welche insbesondere dem Ziel der Preisdämpfung auf dem Pacht- und Bodenmarkt dienen soll. Dabei sollen Regelungen für Geschäftsanteilsverkäufe getroffen werden. Wir wollen die Transparenz auf den Bo-

denmärkten erhöhen und Spekulationen entgegenwirken.“

Vortritt lassen

Unterdessen nimmt sich Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) der Sache am konkretesten an. Er hatte Mitte des Jahres seinen Entwurf für ein Agrarstruktursicherungsgesetz vorgestellt. Darin vorgesehen: Eine Preisbremse soll bei mehr als 30 Prozent oberhalb örtlicher Durchschnittspreise ansetzen. Um eine marktbeherrschende Stellung Einzelner zu verhindern, müssten Flächeninhaber von 25 Prozent einer Gemarkung oder mehr – oder mit einem Flächenbestand, der fünfmal so groß ist wie der landesweite Durchschnitt (im Jahr 2015 in Niedersachsen 66 ha) – anderen den Vortritt lassen. Ortsansässigen Bäuerinnen und Bauern ist ein Vorkaufsrecht zgedacht, ihr Interesse könnten sie für fünf Jahre anmelden. Für den Anteilserwerb ist eine Genehmigungspflicht vorgesehen. Ebenfalls neu dabei: Sanktionierungsmöglichkeiten über Strafzahlungen, auch hier ließ der Protest nicht lange auf sich warten. Kurz gesagt: Bevor sehr große Betriebe noch größer werden dürfen, bekommen andere Betriebe den Vorzug. Nicht mehr nur Flächenausstattung und die damit verbundenen Direktzahlungen sowie möglichst hohe Gebote, losgelöst von landwirtschaftlichem Ertrag und Kapital, entscheiden. Es tut sich also was bei der Rahmensetzung für den Bodenmarkt – Zeit konstruktiv mitzugestalten, um Boden und Entwicklungsmöglichkeiten für bäuerliche Betriebe gutzumachen. *cw*

Irische Farmer oft ohne geregeltes Einkommen

Mehr als 4.000 Landwirte beantworteten die Fragen der irischen Nachrichtenagentur AgriLand nach ihrem Einkommen. Weniger als ein Drittel der Bauern können sich ein regelmäßiges Gehalt aus ihrem Betrieb zahlen. Am schlechtesten gestellt sind Schaffarmer, von diesen beziehen 83 % kein geregeltes Einkommen, gefolgt von 78 % der Betriebe mit Mastrindern. Am besten gestellt waren die Milchbauern, hier konnten sich 45 % der Landwirte ein Einkommen zahlen. Nur 13 % der Landwirte glauben, dass ihr Betrieb auch ohne EU-Agrarsubventionen überlebensfähig wäre; 69 % meinen, dass sie ohne finanzielle Hilfe aus Brüssel aufgeben müssten. Dennoch halten nur gut ein Fünftel der Bauern das derzeitige System der EU-Zahlungen für fair. Lediglich 40 % der Befragten sehen die Zukunft für die Landwirtschaft in Irland positiv, die Milchbauern waren mit 50 % am optimistischsten. Und 72 % der befragten Bauern fanden, dass die Konsumenten Lebensmittel aus Irland nicht wirklich zu schätzen wissen. *ml*

Vorsorgeprinzip muss oben stehen

Es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens über die Sicherheit der neuen gentechnischen Verfahren. Zudem fehlen (Langzeit-) Daten zu deren Risiken. Im Gegensatz zur „alten“ Gentechnik sollen die neuen Verfahren, bspw. CRISPR/Cas, ganz „präzise“ in das Erbgut von Pflanzen eingreifen, meint u. a. die Schweizer Akademie der Naturwissenschaften (SCNAT). Anders beurteilen dies die kritischen Wissenschaftler Schweiz (Critical Scientists Switzerland (CSS)). Dr. Eva Gelinsky vom Vorstand meint: „Auch wenn man mit den neuen Verfahren Gensequenzen präziser schneiden und wieder zusammenfügen kann, kann man nicht ausschließen, dass damit gewisse Risiken verbunden sind.“ Keinesfalls könne man die (vermeintliche) Präzision der Verfahren mit deren Sicherheit gleichsetzen. Verschiedene Studien zeigten, dass die eingesetzten Enzyme immer wieder auch an anderen, nicht vorher bestimmten Stellen im Genom schneiden. Für Angelika Hilbeck von der ETH Zürich sind „Gene keine linearen Konstruktionsanweisungen. Gene sind meistens multifunktional.“ Würde man mit den neuen Verfahren ein einzelnes Gen stilllegen, müsse man damit rechnen, dass noch andere Dinge ab- oder umgeschaltet werden. Man greife in ein Netzwerk von rückgekoppelten Prozessen ein, von dem man nur einen Abschnitt kennt. Viele Fragen zur genauen Funktion seien offen. Langzeiteffekte könnten nicht eingeschätzt werden. Deshalb müsse das Vorsorgeprinzip zwingend zur Anwendung kommen, so die Expertinnen. Pflanzen, die durch neue gentechnische Verfahren erzeugt werden, müssten vor ihrer Kommerzialisierung ein Zulassungsverfahren durchlaufen, das auf einer umfassenden und unabhängigen Risikoprüfung basiere, letztendlich auch, damit ZüchterInnen, Bäuerinnen und Bauern sowie KonsumentInnen ihre Wahlfreiheit behielten. *av*

Gensoja steigert den Glyphosatverbrauch

Wissenschaftler der US-Universitäten von Virginia, Kansas, Michigan und Iowa haben in der bislang umfangreichsten Studie dieser Art den Glyphosatverbrauch von 10.000 Farmen zwischen 1998 und 2011 verglichen. 5.000 Farmer bauten Genmais an, die andere Hälfte Gensoja. In den USA werden seit 2008 zu 80 % genetisch veränderte Mais- und Sojasorten angebaut. Diese Gensoja und -maissorten sind resistent gegen Glyphosat, Genmais enthält außerdem das Bt-Gen, das die Pflanzen für Insekten giftig macht. Die Forscher stellten fest, dass bei Genmais 11,2 % weniger Insektizide verwendet werden als bei konventionellem Mais. Trotzdem stuften die Wissenschaftler den Genmais nicht als „umweltfreundlicher“ ein: Der Genmais sei insgesamt giftig und habe negative Auswirkungen nicht nur für Schädlinge, sondern auch für nützliche Insekten und Säugetiere. Außerdem ende die Studie 2011 und es sei davon auszugehen, dass Schädlinge inzwischen zunehmend Resistenzen entwickelt hätten. Zunächst sei der Glyphosatverbrauch zurückgegangen, doch seit sich resistente, so genannte Super-Unkräuter entwickelt hätten, sei der Verbrauch um ein Drittel gestiegen, so die Forscher. Zwischen 2006 und 2011 sank außerdem die Fläche, die ausschließlich mit Glyphosat besprüht wird, bei Gensoja von 70 % auf 41 % und bei Genmais von 49 % auf 19 %. Zunehmend werden also Herbizidkombinationen angewandt. Der Leiter der Studie erklärte, er sei überrascht, welcher Trend sich ergeben habe, die möglichen Konsequenzen für die Umwelt seien besorgniserregend. *ml*

Branchenorganisation Milch

Minister Schmidt zieht sich aus der Verantwortung

Ich bringe alle Beteiligten an einen Tisch“ – schon mehrmals hat Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt dieses Motto ausgegeben. Die Ergebnisse derartiger Veranstaltungen waren immer sehr überschaubar. Für die Milchbauern, die aktuell, trotz leicht ansteigender Preise, immer noch weit unter den Kosten produzieren, müssen sich weitere Diskussionsrunden ohne sichtbare Ergebnisse aber wie eine Verhöhnung ihrer Situation anfühlen. Dass der Bundesminister sich für die Milchbauern einsetzen wird, ist wohl nicht mehr zu erwarten. Das zeigt auch sein Vorschlag zur Gründung einer Branchenorganisation Milch. Darin sollen sich die Beteiligten zusammenschließen und so selbstständig die Marktverwerfungen aufheben.

Feste Regeln

Die Grundlage für einen derartigen Zusammenschluss regelt die EU-Verordnung zur Gemeinsamen Marktorganisation Nr. 1308/2013 (GMO). In

Artikel 163 werden die Voraussetzungen zur Anerkennung als Branchenorganisation geregelt. Daraus abgeleitet schreibt das für Deutschland geltende Agrarmarktstrukturgesetz in Paragraph 13 (1) vor, dass ein Branchenverband für einen Erzeugnisbereich mindestens aus Vertretern der Erzeugung und der Verarbeitung oder des Handels bestehen muss. Mögliche Vertreter sind damit der Bauernverband als Vertreter der Milchbauern, die Molkereiunternehmen und natürlich der Handel. Kann ein solcher Zusammenschluss, der in der Folge bei entsprechender Größe allgemeinverbindliche Regeln aufstellen kann, wirklich den Milchbauern helfen? Abhängig sein dürfte dies in großem Maß von den Mehrheitsverhältnissen und den Interessen der jeweiligen Vertreter. Schon innerhalb der Gruppe der Milchbauern, das haben die vergangenen Jahre gezeigt, sind die Lösungsansätze auch aufgrund der verschiedenen Ziele sehr



Anfang Oktober waren die Vertreter Rene Millogo und Mariam Diallo von der Milcherzeugungsorganisation Pasmep in Burkina Faso zu Besuch auf dem Milchviehbetrieb mit eigener Meierei von Gunda und Jörn Sierck in Kropp/ Schleswig-Holstein. Aus diesem Anlass veröffentlichten AbL, BDM, das European Milk Board, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt und Misereor eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel: „Verantwortliche Milchpolitik jetzt!“. Diallo, die selbst eine Kleinstmolkerei betreibt, erklärte bei der Hofführung: „In unserer Molkerei ist die technische Ausstattung noch zu wenig entwickelt. In Burkina Faso wird solch eine Technik noch nicht hergestellt und auf EU-Importe müssen hohe Zölle gezahlt werden - auf die Milchpulverimporte hingegen fast gar keine.“
Foto: Thomsen

Ohne Produzenten kein Produkt

Von EU-Agrarkommissar Phil Hogan werden weise Worte überliefert: Wenn es keine Produzenten mehr gebe, so orakelte er, gebe es auch kein Produkt mehr. Dass so ein Szenario aus den jüngsten, für die Milchbauern und -bäuerinnen katastrophalen Entwicklungen am Milchmarkt entstehen könnte, war offenbar auch für Menschen mit viel Markexpertise, wie sie die stark am Puls des Marktes operierenden Molkerei-Unternehmen haben, außerhalb jeglicher Vorstellungskraft. Wie sonst ist zu erklären, dass die größte deutsche Molkerei, das Deutsche Milch Kontor (DMK) nach wie vor seine bäuerlichen Lieferanten mit Auszahlungspreisen kaum über 20 Cent pro Liter Milch reihenweise zur Aufgabe der Milchviehhaltung zwingt, gleichzeitig aber nicht mehr genug Butter an die Supermarktketten liefern kann. Folgendes schrieb das DMK seinen Großhandelskunden Edeka und Co. in einem Brief im Oktober: „Wie schon mehrfach geschildert, ist die Situation im 2. Halbjahr am Milchmarkt von deutlich rückläufigen Milchmengen geprägt. Aktuell erhält das DMK ca. 5 % weniger Milch als noch im Vorjahreszeitraum, Tendenz weiter sinkend. Zudem fallen die Milchbestandteile Fett und Eiweiß geringer aus als in der Vergangenheit. Die Nachfrage ist aus allen Kundenbereichen unverändert bis leicht steigend. Dieses führt dazu, dass bei sinkender Milchlieferung die Warenbestände mittlerweile bei Käse und Butter sehr gering bis gar nicht vorhanden sind. Bei Butter mussten zuletzt einige Produktionen komplett gestrichen werden bzw. konnten nicht im geplanten Umfang erfolgen oder mussten geschoben werden, weil der Rahm zur Produktion fehlte. Aufgrund der sinkenden Rahmmengen müssen wir speziell bei Butter anmerken, dass wir voraussichtlich in den nächsten Wochen nicht die vollen Liefermengen zur Verfügung stellen können. Wir gehen aktuell davon aus, dass die Kürzungen bis zu 25% der durchschnittlichen normalen Wochenmengen betragen können. Eine Verbesserung der Liefersituation ist hier aktuell nicht in Sicht.“ Was hier fast zynisch wie eine Abwanderung abtrünniger Milchlieferanten klingt, die das DMK zu einem bedauernswerten Spielball unkontrollierbarer Bauernmächte macht, ist das genaue Gegenteil. Das DMK hat durch seine aktiv und absichtlich permanent hochgehaltene rote Laterne in Sachen Milchauszahlungspreise ganz offensichtlich mehr Lieferanten in den Ruin getrieben, als für die Aufrechterhaltung der Kundenbedienungs nötig. Und damit nicht genug, die Nachbarmolkerei Ammerland in Ostfriesland verkneift sich gerade eine zu starke Anhebung der Milchauszahlungspreise, damit durch einen zu großen Abstand zum DMK nicht zusätzlicher Bauernunmut geschürt wird. Es klingt alles wie schwarzer Humor, allerdings bleibt einem das Lachen im Hals stecken, schließlich geht es hier um bäuerliche Existenzen, den ländlichen Raum, Familien, Tiere und Menschen...
cs

unterschiedlich. Geht es allein um die Produktionsmenge, die Rentabilität des Betriebs, Wachstum, oder spielen gesellschaftliche Anforderungen, Natur- und Umweltschutz und bäuerliche Strukturen auch eine Rolle? Diese Entscheidung auf die Marktbeitragsparteien abzuschieben, offenbart das Versagen der Bundesminister, eine politische Vision der Milchviehhaltung, der Agrarstruktur, ja, einer zukünftigen Landwirtschaft in Deutschland und am Ende auch in Europa zu zeichnen.

Marketing bis Mengensteuerung

Welche Wirkung eine Branchenorganisation entfalten kann, die in ein solches Vakuum hinein gegründet wird, bleibt offen. Die Aussagen möglicher Teilnehmer offenbaren ein weites Spektrum sehr unterschiedlicher denkbarer Aufgaben: Der Raiffeisenverband stellt sich ein Erstarren der CMA zur Absatzförderung und zum Agrarmarketing vor. Der Bauernverband lehnt eine organisierte Steuerung der Produktionsmenge ab, möchte aber die Verträge mit den Molkereien neu regeln. Vor dem Hintergrund der engen Verflechtungen zwischen DBV und Molkereiindustrie muss das nicht unbedingt zum Vorteil der Milchbauern sein. Ganz und gar überflüssig sieht der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter die Gründung einer Organisation auf nationaler Ebene. Das Ziel der Angebotssteuerung, so der Ver-

band, könne sinnvoll nur auf europäischer Ebene geregelt werden.

Biosektor

Immer wieder hat die Bauernstimme in den vergangenen Ausgaben über die Entwicklungen im Biomilchsektor berichtet. Derzeit sind die Preise angemessen hoch, da sich Angebot und Nachfrage auf ähnlichem Niveau befinden. Viele Umsteller und große Molkereiunternehmen wie beispielsweise die dänische Arla drängen zukünftig in dieses Marktsegment. Derzeit trifft sich die Branche – Milchbauern, Vertreter der Bioverbände und Biomolkereien – regelmäßig, um zukünftige Entwicklungswege gemeinsam zu besprechen. Das verstärkte Engagement des Molkereikonzerns Arla, Biomilch von FrieslandCampina oder vielleicht sogar ein Einstieg des DMK könnten zu erheblichen Störungen des aktuell funktionierenden Biomilchmarktes führen. In einem Bereich, wo sich Milchbauern als Produzenten und Molkereiunternehmen als Verarbeiter bisher noch nicht als Gegenspieler begegnen, durchaus gemeinsame Ziele und auch Werte transportieren, könnte die Gründung einer Branchenorganisation durchaus Sinn machen. Sie könnte dazu beitragen, Verwerfungen, wie sie derzeit am konventionellen Milchmarkt zu beobachten sind, durch für den gesamten Wirtschaftsbereich „Biomilch“ verbindliche Regelungen zu verhindern.
mm

Milch und Macht

Molkereien bestimmen die Spielregeln

Vertragspartner auf Augenhöhe oder abhängige, austauschbare Rohstoffzulieferer – was sind Bauern und Bäuerinnen eigentlich für Molkereien? Gerade in Krisenzeiten offenbart sich vielfach umso deutlicher, wie diese Frage zu beantworten ist. Wenn Bauern und Bäuerinnen wie schon in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation immer mal wieder protestierend vor Molkereistandorten zogen oder sich in Vertreterversammlungen äußerten, mussten sie häufig erleben, als lästige Aufrührer wahrgenommen zu werden. Nicht nur Wortführer konnten mit Anrufen rechnen, in denen ihnen dringend geraten wurde, jegliche Aktivitäten zu unterlassen, die den eigenen Marktpartner schädigen könnten, sonst müsse man sich voneinander trennen. Protest wurde nicht als Unterstützung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Handel wahrgenommen, selbst wenn er ausdrücklich so formuliert war. Von mehreren Molkereien werden solche Telefonate mit Lieferanten berichtet. So eine Drohkulisse ist für Bauern und Bäuerinnen, die in den meisten Fällen die nächste Molkerei nicht mehr um die Ecke haben, existentiell, für die Molkerei hingegen würde es in Zeiten des sowieso vorhandenen Überflusses kaum eine Rolle spielen, wenn sie tatsächlich von ein paar Betrieben weniger Milch bekäme. Da spielt ihnen die lange schon nur noch wenig vorhandene Solidarität unter den Bauern und Bäuerinnen in die Hände, die Zeiten konzertierter Aktionen wie der Milchstreik vor acht Jahren scheinen vorbei.

An der Tanke

Aber es sind nicht nur Reaktionen auf Kritik an der Firmenpolitik, die Molkereien sensibel reagieren lassen, auch im Alltag wird das Machtgefälle deutlich, das zwischen Verarbeitungskonzern und Rohstofflieferant herrscht. Jüngst hat die ostfriesische Genossenschaftsmolkerei Ammerland ihren Lieferanten mit einer Milchtankstelle auf dem Hof mitgeteilt, dass diese Art der Vermarktung ein

Unterlaufen der Andienungspflicht und damit ein Satzungsverstoß sei, der zum Ausschluss aus der Genossenschaft führen könne. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, dass zunehmend Bauern und Bäuerinnen in der derzeitigen Krise versuchen, über eine Direktvermarktung wie eine Milchtankstelle eine höhere Wertschöpfung zu erzielen. Ist es dieser Emanzipationsversuch, der Ammerland so rigide reagieren lässt, statt zu unterstützen, dass streng genommen ihre eigenen Besitzer versuchen, wirtschaftlich sinnvoll zu handeln? Nachdem das Drohschreiben an die Öffentlichkeit gelangte, traf sich Ammerland mit 25 Milchtankstellenbetreibern und erteilte ihnen großzügig Ausnahmegenehmigungen, wies noch auf die Gesundheitsgefahren hin und machte deutlich, dass Nachahmer von nun an erst die Genehmigung der Molkerei einholen müssten, um eine Milchtankstelle einzurichten.

Immer mehr

Einerseits bestehen Molkereien auf der Einhaltung der geschlossenen Vereinbarungen von Seiten der Bauern und Bäuerinnen, andererseits setzen sie sich darüber hinweg, wenn es darum geht, Standards zu ändern. So verlangt die Molkerei Hochland von ihren Zulieferern bis Ende des Jahres ein QM-Audit, was bislang nicht Bestandteil der Lieferverträge war. Bei Nichtauditierung droht die Nichtabholung. Zeit und Geld müssen Bauern und Bäuerinnen aufwenden, um sich ändernde Standards der Molkereien zu erfüllen, höhere Erlöse gibt es nur selten. Im Gegenteil, da erhebt auch schon mal eine Molkerei eine Aufwandsentschädigung für die Freigabe von frisch umgestellter Biomilch an eine Biomolkerei, da sie selber diese – zumindest noch – nur konventionell vermarkten könnte. Ein partnerschaftlicher Umgang sieht anders aus als die Erfahrungen, die viele Bauern und Bäuerinnen landauf, landab gerade machen. Die Frage ist, wie lässt sich das Machtgefälle ändern? Nur durch Solidarität und die ist leider derzeit – und das wissen die Molkereien – Mangelware. cs

Kleinerzeu-gerregelung für Biomilchvieh

Das Verwaltungsgericht Freiburg hat die sogenannte „Kleinerzeu-gerregelung“ für eine Ausnahmegenehmigung zur Anbindung von Bio-Milchkühen bekräftigt: Bei einem Hof, der einen geringeren Tierbestand aufweist, als der Durchschnitt der Ökobetriebe des Bundeslandes, sei im Einzelfall zu prüfen, ob klimabedingte, geographische oder strukturelle Sonderbedingungen eine Ausnahme rechtfertigen. Die harte behördliche Gangart entgegen dieser Regelung hat in Baden-Württemberg dazu geführt, dass eine ganze Reihe von kleinen Betrieben im Schwarzwald von der Produktion von Bio-Milch ausgeschlossen wurde. In einem konkreten Fall hatte ein Bauer dagegen geklagt, der als Betriebszweig 17 Milchkühe und einen Zuchtbullen in einem Altstall mit Anbindung hält, bei voller Sommerweide und wöchentlichem Weidezugang in der übrigen Zeit. Der Rechtsanwalt des Bauern erklärte: „Das Verwaltungsgericht Freiburg ließ anklingen, dass es besser ist, wenn die Tiere ökologisch gehalten werden, als die Betriebe aus der Biozertifizierung heraus zu drängen.“ Die Abl begrüßte das Urteil als Verweis auf den behördlichen Handlungsspielraum, Höfe individuell zu bewerten. Biobäuerin Birgit Strohmeier, stellvertretende Vorsitzende des Abl-Landesverbandes: „Hier konnte ein Landwirt angesichts der beengten Tallage nicht weiter wachsen. Auf der anderen Seite hat er alles in seiner Situation Mögliche dafür getan, um die Haltung zu optimieren. Das erkennen wir an.“ cw

Schwedische Milch bleibt gentechnikfrei

Schwedische Molkereien wollen weiterhin nur gentechnikfreie Milch produzieren. Seit 1996 werden dort jährlich neu freiwillige Vereinbarungen zwischen Molkereien und Bauern geschlossen. Voraussetzung ist laut schwedischem Bauernverband, dass die Molkereien die Mehrkosten für das gentechnikfreie Sojafutter vergüten. In Schweden ist die Gentechnikfreiheit eine der Voraussetzungen, um das schwedische Herkunftssiegel (Svenskt Sigill) zu erhalten. Futtermittellieferanten haben sich darauf verständigt, nur gentechnikfreie Soja in Verkehr zu bringen. Die Verbraucher würden gentechnikfreie Ware verlangen und die Einzelhandelsketten würden es nicht wagen, sich dem zu widersetzen. av

US-Studie untersucht Schlachtviehtransporte

Wissenschaftler an der Texas A&M University haben fast 10.000 Schlachtkörper an US-Schlachthöfen untersucht und dabei an über der Hälfte Verletzungen festgestellt. Die größte Zahl von Prellungen und Verletzungen wurde entlang des Rückgrats der Tiere gefunden. Sie waren häufig so schwer, dass die entsprechenden Fleischpartien – darunter die hochwertigsten Segmente des gesamten Schlachtkörpers – nicht in den Verkehr gebracht werden konnten. Ein besseres Training im Umgang mit Schlachtvieh und eine ruhige, stressärmere Atmosphäre könnten die Verletzungsquote reduzieren, sagte einer der Wissenschaftler. Die Tatsache, dass der größte Teil der Prellungen und Wunden am Rückgrat der Tiere zu finden ist, lässt jedoch vermuten, dass sie während des Transports entstanden sind. Die Abmessungen der meist doppelstöckigen Fahrzeuge haben sich in den vergangenen 20 Jahren nicht verändert. Die Rampe, über die die Tiere in den oberen Teil des Anhängers gelangen, wird für die Fahrt in Halterungen befestigt, so dass sich die lichte Höhe auf nur 1,40 m beläuft. Besonders Holstein-Kühe sind jedoch oft deutlich größer, eine Schulterhöhe von 1,45 m und mehr ist keine Seltenheit. Alte Milchkühe werden beim Verladen besonders häufig schlecht und unsachgemäß behandelt. Sie haben außerdem weniger schützendes Fettgewebe und erleiden noch leichter Verletzungen. Transporter für hochwertige Fleischrinder sind in der Regel etwas geräumiger, aber auch dort ist die Standhöhe für die Tiere nicht immer ausreichend. ml



Protestierende Bäuerinnen und Bauern sind nicht gern gesehen

Foto: Ilchmann



Konzern-Schweinereien

Ein schwäbisch-hällisches Schwein schaffte es doch vor der Bayer-Konzernzentrale in Leverkusen zu demonstrieren. Gemeinsam mit der AbL und der Aktion Agrar hatten sich Bauern und Bäuerinnen der Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall bei Bayer versammelt um gegen die geplante Übernahme des US-Chemiekonzerns Monsanto zu protestieren. „Wir lehnen Bayers Übernahmepläne ab und fordern: ‚Bayer und Monsanto, bleibt uns vom Acker!‘ Die Bayer AG ist nicht der feine Konzern, der den bösen Buben schluckt. Bayer Crop Science macht schon heute weltweit Geschäfte mit Pestiziden und dem passenden, gentechnisch manipulierten Saatgut. Der Bayer-Konzern hält viele Patente, er ist für Höfesterben und gravierende Umweltfolgen weltweit verantwortlich“, kommentierte Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer. Bei einer erfolgreichen Fusion würde der Megakonzern Bayer-Monsanto auf einen Schlag zum Marktführer in den Bereichen Pestizide (27 Prozent) und Saatgut (30 Prozent) und könnte so fast im Alleingang entscheiden, was Bauern pflanzen und Verbraucher essen. Die Demonstranten kritisierten weiterhin den Einsatz von Gentechnik und die Patentierung von Lebensmitteln. Jutta Sundermann von der Aktion Agrar, verwies auf das derzeit stattfindende Monsanto-Tribunal, bei dem Zeuginnen und Zeugen aus der ganzen Welt berichteten, wie der Konzern auf Kosten von Menschen, Tieren und Umwelt wirtschaftete. Monsanto begehe schwere Verstöße gegen die Menschenrechte, weltweit stelle das Unternehmen das Recht auf Nahrung und Wasser von Millionen Menschen infrage. Ungeachtet dessen wolle sich Bayer Monsanto einverleiben, um so seine Machtstellung auszubauen. *cs*

Industrie inszeniert Erlebnisbauernhof

Bauern, Umweltschützer und Regionalvermarkter kritisierten den 'Erlebnisbauernhof' auf dem Bonner Münsterplatz als Imagekampagne der Agrarindustrie. Angekündigt war die 3-tägige Veranstaltung Anfang Oktober, um Besuchern „authentische Einblicke in die moderne Landwirtschaft“ zu geben. „Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die anwesenden regionalen Obst- und Gemüsebauern oder Tierhalter, sondern vielmehr gegen die Art der Inszenierung der Veranstaltung“ so Bernd Schmitz, NRW-Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Bauer im Rhein-Sieg-Kreis. „Mit den Realitäten in der Intensivlandwirtschaft, für die insbesondere der Mitorganisator ‚Forum Moderne Landwirtschaft‘ steht, haben die dortigen Präsentationen nur wenig gemein“, so die Kritiker. Die im Hintergrund bleibenden, unterstützenden Industrieunternehmen stünden für eine Ressourcen verschwendende Landwirtschaft, für Dumpingpreise und für eine Tierhaltung, dessen wahres Gesicht auf dem Bonner Münsterplatz niemals gezeigt werde, da sich die Verbraucher abwenden würden. *cw*

Unterstützer für freie Listen

Die Zulassung zur Agrarsozialwahl 2017 ist in vollem Gange

Endspurt – die freien Listen für die Agrarsozialwahl brauchen noch Unterstützer. Bis Anfang November wird weiter gesammelt, um die Mindestzahl von je 1.000 Unterschriften so weit wie möglich zu überschreiten: sowohl für die „Freie Liste für Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte – SofA“ (Freie Liste Eickmeyer, Habben, Schmid, Behring, Michel) als auch für die „Freie Liste für Arbeitgeber“ (Freie Liste Mann, Hirsch, Koch, Bunsen, von Woellwarth).

Das ist noch keine Wahl – aber es verschafft den freien Listen den Zugang zur Wahl im nächsten Jahr. Für die erstmals bundesweit stattfindende Agrarsozialwahl können so Berufskolleginnen und Berufskollegen – darunter auch viele AbL-Mitglieder – antreten. Sie wollen die Dominanz des Bauernverbandes in der SVLFG (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau) aufbrechen und mehr Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit, Transparenz und unabhängige Beratung erreichen.

Fragen fragen hilft

Niemand sollte sich auf dem Weg zum „Freie-Listen-Unterstützer“ von den undurchsichtigen Formalitäten verunsichern lassen – mit Fragen ist niemand allein. Aber sie sind lösbar, das zeigen die vielen eingesandten Unterschriften. Die „Unterstützerliste“ ist ein vom Gesetzgeber so vorgegebenes Einheitsformular für alle Versicherungsträger. Das Kampagnenbüro „Agrarsozialwahl“ erreichen täglich Anrufe zum Verfahren, wie: „Das Formular ist merkwürdig. Was soll die Zeile ‚Geburtsdatum Arbeitgeber?‘“ An besagter Stelle muss das Geburtsdatum des Unterzeichnenden angegeben werden. Die Angabe „Arbeitgeber“

hat für die Freien Listen der Gruppen „Arbeitgeber“ und „SofA“ keine Bedeutung. Allerdings sollen Arbeitgeber und SofAs (und ihre Ehegatten) neben dem Geburtsdatum auch ihre Mitgliedsnummer bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft angeben, die im Beitragsbescheid oder als Aktenzeichen zu finden ist.

Andere motivieren

Jeder muss sich an Hand der verschiedenen Bedingungen, auch für unterschreibungsberechtigte Familienangehörige und Rentner, klar werden, ob er oder sie zu den Arbeitgebern oder SofAs zählt – dann schauen, welche führenden Listenvertreter zu der eigenen Gruppe gehören, und schließlich auf dem Wahlformular, das unbedingt unverändert genutzt werden muss, bei den passenden Namen unterschreiben. Fertig? Gerne auch noch andere motivieren, ebenfalls Unterstützungsrückenwind für die freien Listen und eine echte „Wahl mit Wahlhandlung“ zu geben – kreativ als Staffellauf, Versammlungsaufwärm-Denksporaufgabe oder einfach mal wieder im Gespräch zwischen Tür und Angel mit dem Nachbarn und der Berufskollegin. Und ab die Post – danke allen, die bisher unterschrieben und Unterschriften gesammelt haben!

Klar wie Kloßbrühe? Na dann los und unterwegs nicht verzagen. Ansonsten gibt es Infos, Fragen und Antworten sowie einen grafischen Wegweiser für die Zugehörigkeit zu SofAs oder Arbeitgebern auf der Webseite – oder einfach anrufen! *cw*

www.agrarsozialwahl.de; Mail: freie-liste@agrarsozialwahl.de; Tel.: 02381 – 90 53 171



Insbesondere Arbeitgeber - z.B. auch Höfe mit Lehrling - sind aufgerufen: Bitte unterschreiben Sie als Unterstützer für die Wahlzulassung der Arbeitgeberliste „Freie Liste Mann, Hirsch, Koch, Bunsen, von Woellwarth“!
Foto: BLE/Stephan

„Wir haben es satt!“ trifft sich im Herzen Berlins

Ein Bericht vom zweiten „Wir haben es satt!“-Kongress

Vom 30. September bis 3. Oktober hat in Berlin etwas stattgefunden, das sowohl die Spitze des Deutschen Bauernverbandes (DBV) als auch die Bundesregierung vordergründig immer wieder fordern: Interessierte Menschen aus Stadt und Land, aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft haben sich im Herzen Berlins getroffen, um gemeinsam über die Zukunft der Landwirtschaft zu beraten. Ob konventionell oder ökologisch wirtschaftender Bauer, ob Veganer, Vegetarier oder Fleischesser: Unter dem Motto „Bauernhöfe fördern statt Agrarindustrie ausbauen“ entstand inmitten dieser bunten Vielfalt ein offener Begegnungsraum mit lebendigen Dialogen und der gemeinsamen Vision einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Wo bleibt die Vision?

Der Deutsche Bauernverband: nüchtern, ideen- und visionslos. Statt für gegenseitiges Verständnis zu werben, beschränkte sich ein Landwirtschaftsexperte indes darauf, alte Gräben eher zu vertiefen. Bernd Krüskens, Generalsekretär des DBV, eröffnete als einer von vier Rednern den Kongress. Seine Aufgabe war es, in zehn Minuten seine „Vision Landwirtschaft 2030“ zu beschreiben. Bald verfiel der Spitzenfunktionär in das bekannte Lamento von den Verbrauchern, die statt vernünftiger Lebensmittel lieber teure Outdoorjacken kaufen. Auch der übliche Vorwurf, die Zivilgesellschaft würdige die Arbeit unserer Bauern zu wenig, blieb in seiner Rede nicht aus. Und auf die Frage: „Wie viele Bauernhöfe wird es im Jahr 2030 noch geben?“, antwortete Krüskens entlarvend ehrlich, er könne nur eine statische Antwort geben. „Wenn ich das jetzt so fortschreibe, wie das in den letzten zehn Jahren mit dem Strukturwandel gelaufen ist“, resümierte er, „landen wir bei 220.000 bis 230.000 Betrieben.“ Angesichts der Tatsache, dass ein hoher Bauernvertreter als Zukunftsperspektive für die Landwirtschaft eine derart nüchterne Aussage trifft, die der Interessengruppe, die der DBV eigentlich vertreten sollte, in solch einem Umfang zuwider läuft, waren die rund 500 KongressteilnehmerInnen fassungslos.

Auch beim „Agrarpolitischen Talk“ kam es durch einen weiteren Vertreter des DBV zu einer erstaunlichen Aussage. Kees de Vries, Landwirt mit 1.600 Hektar und 700 Milchkühen,



Stadt trifft auf Land, Bäuerinnen auf Verbraucher und Bauernverband auf kritische Nachfrager

Foto: Meine Landwirtschaft

CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Vorstand des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt, suggerierte seinen Zuhörern, CDU und DBV bemühten sich um eine gerechtere Verteilung von Ackerboden. Mehr noch: Als positives Beispiel führte er das für 2015 von seinem CDU-Kollegen Onko Aeiken geplante „Agrarstrukturgesetz“ an. Damaliges Ziel war es, den Zugang zu Boden durch Investoren außerhalb der Landwirtschaft zu beenden. Zur Begründung, wodurch das Gesetzesvorhaben ausgebremst worden sei, erwiderte de Vries, die Initiative sei an der Agrarlobby gescheitert. Auf die Nachfrage eines jungen AbLers, wie man sich das Scheitern eines Gesetzes durch Vertreter der Agrarlobby in der Praxis vorstellen könne, folgten nichts sagende Worthülsen über Dialog und Kompromissbereitschaft.

Strukturen, die Mut machen

So befremdet viele TeilnehmerInnen über derartige Aussagen waren, so bereichernd war für sie die Erkenntnis, dass immer mehr junge Menschen ihre Zukunft auf dem Land und in der Landwirtschaft sehen. Sie wollen zeigen, dass es auch anders geht – ohne das Dogma des permanenten Wachstums. Ein Indiz dafür war: Von den insgesamt 24 Arbeitsgruppen, die auf dem Kongress angeboten wurden, waren diejenigen mit Abstand am besten besucht, die sich mit den Fragen „Zu-

gang zu Land“ oder „Hofnachfolge“ beschäftigten. Wissbegierig, konzentriert und interessiert folgten die TeilnehmerInnen den Erfahrungen anderer junger Menschen, die den Schritt in die landwirtschaftliche Praxis bereits gewagt haben. Lukas Dreyer, dessen Eltern keinen Hof besaßen, den er hätte erben können, hat die Weichen für seine Zukunft in der Landwirtschaft neu gestellt. Der junge Landwirtschaftsmeister ist seit kurzem einer von zwei Betriebsleitern auf dem Stuttgarter Reyerhof. „Ich bin mir sicher, dass auch der Zwang zur Spezialisierung und der fortschreitende Strukturwandel mit dafür verantwortlich sind, dass rund zwei Drittel der deutschen Landwirtschaftsbetriebe keine Nachfolger haben“, konstatiert der Jungbauer. Bewusst habe er sich deshalb für einen anderen Weg entschieden. „Ich habe gezielt nach einem Hof mit Solidarischer Landwirtschaft gesucht.“ Dieses Konzept gebe ihm die Möglichkeit, seinen Betrieb nicht durch reines Wachstum, sondern durch Diversifizierung weiterzuentwickeln. „Zudem bin ich nicht den Zwängen des Weltmarktes ausgesetzt, sondern arbeite mit und für Menschen hier vor Ort.“ Das gebe ihm Sicherheit, betont Dreyer. Eine Sicherheit, die junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen möchten, offensichtlich brauchen. Das Fazit der AG zur Hofnachfolge, das sich an die Politik, aber auch direkt an die jungen

Menschen richtet, lautet: „Wir brauchen Strukturen, die uns Mut machen.“

Gelebtes Lebensmittelhandwerk

Der inhaltlich und methodisch vielseitige, teilweise hochkarätig besetzte Kongress war in das Festival „Stadt-LandFood“ eingebunden, das parallel stattfand. Auf Vorträgen, bei Verkostungen oder in extra eingerichteten Werkstätten hatten die Gäste nicht nur die Möglichkeit Lebensmittel zu sehen, zu riechen und zu schmecken. Vielmehr konnten sie selbst welche herstellen – beispielsweise Brot backen, Wurst machen oder Honig schleudern. Gleichwohl stellten Direktvermarkter neben den üblichen Klassikern – wie Obst und Gemüse, Käse und Fleisch – eine Vielzahl weiterverarbeiteter Köstlichkeiten vor. Nach vier intensiven Kongresstagen gingen die TeilnehmerInnen wohlgenährt und vielseitig inspiriert nach Hause. Doch nach dem Kongress ist vor der nächsten Demonstration. Dann treffen sich viele der TeilnehmerInnen wieder, erklären nachdrücklich „Wir haben es satt!“ und fordern eindringlich „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Kurzum, am 21. Januar 2017 heißt es dann erneut: „Ab nach Berlin!“

Gerda und Phillip Brändle
Bilder und Videos sowie alle Infos zur nächsten Demonstration „Wir haben es satt!“ in Kürze unter: www.wir-haben-es-satt.de

Gemeinsame Agrarreform

Was wollen wir eigentlich?!

14. Tagung der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft am 17. & 18. November in Altenkirchen (Westerwald)

Die gemeinsame Agrarpolitik der Länder der Europäischen Union hat großen Einfluss auf die landwirtschaftlichen Betriebe in den Mitgliedsländern. Sie gestaltet die finanzielle Situation der Bäuerinnen und Bauern mit und ist zu einem Steuerungsinstrument in ökologischen und strukturellen Fragen geworden. Da die nächste Reform 2020 ansteht und Forderungen schon bald eingebracht werden müssen, wollen wir uns bei der diesjährigen Herbsttagung der jAbL intensiv mit dieser gemeinsamen europäischen Agrarpolitik auseinandersetzen. Um uns selbst klarer darüber zu werden, was für eine Agrarpolitik wir für unsere bäuerliche Zukunft wünschen, werden wir uns mit Entstehung, Wirkung und möglichen alternativen Ansätzen zur aktuellen GAP beschäftigen.

Ihr seid herzlich dazu eingeladen, mit uns in das Thema einzutauchen, zu diskutieren und zu bewegen. Wir freuen uns auf euch! Euer Tagungs-Team

Donnerstag:

Bis 15:30 Uhr Ankunft und Anmeldung

16 Uhr Kennenlernen und Einführungsvortrag „GAP – Hintergrund, Geschichte und Struktur“

18 Uhr Abendessen

19 Uhr Impulsvortrag „Wirkung auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft und mögliche Alternativen zur aktuellen GAP“

20 Uhr Fishbowl-Diskussion „Was macht die GAP mit unserer bäuerlichen Selbstständigkeit?“

Danach tanzen toben tratschen

Freitag:

8 Uhr Mystica

8:30 Uhr Frühstück

9-12 Uhr Open Space zu verschiedenen agrarpolitischen Brennpunkten u.a. Junglandwirteförderung

12-13 Uhr Auswertung und Diskussion der Ergebnisse

13 Uhr Mittagessen

14 Uhr Gemeinsame Abschlussrunde

15 Uhr Ende der jAbL-Tagung – weiter zur AbL Tagung

Kosten: 30€ (nur jAbL-Tagung) und 100€ (jAbL-Tagung und AbL-Mitgliederversammlung). Das Thema wird dieses Jahr auch bei der AbL Tagung eine wichtige Rolle spielen – für Interessierte bietet es sich deshalb dieses Jahr besonders an, auch die anschließende AbL-Mitgliederversammlung zu besuchen.

Bitte meldet euch bis zum 10.11. hier an: junge-abl@abl-ev.de



Weichenstellung

für eine gesellschaftlich akzeptierte bäuerliche Landwirtschaft

Öffentliche Agrarpolitische Tagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald und mit der Evangelischen Jugend in ländlichen Räumen

Freitag, 18.11.16

15:30 Uhr Beginn der Tagung

15:45 Uhr Werkstattgespräche

19:00 Uhr Globaler Handel und die Agrarkrise in den USA, Diskussion mit Shefali Sharma, Institute for Agriculture and Trade Policy, (USA) und Berit Thomsen (AbL)

20:00 Uhr

„Weichen für eine gesellschaftlich akzeptierte bäuerliche Landwirtschaft und Agrarpolitik stellen“

Podium und Diskussion mit:

Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen, Landesagrarminister in SH)

Dr. Ludger Schulze Pals, Chefredakteur von top agrar

Fritz Schroth, Evangelisch Lutherische Kirche in Bayern

Gertraud Gafus, Bäuerin und AbL-Bundesvorsitzende

Martin Schulz, Bauer und AbL-Bundesvorsitzender

Moderation: Ulrich Jasper und Axel Dosch

Samstag, 19.11.16

9:00 bis 11:15 Uhr Parallele Diskussionsforen

I Agrarsoziale Situation in Deutschland und Agrarsozialwahlen 2017

II Mengenvernunft, Krisenvermeidung und Marktdifferenzierung

III Neue Strukturen durch Hofnachfolge und Ausbildungsreform

IV EU-Agrarreform vor und nach 2020

12:00 Uhr Mittagspause / Ende der öffentlichen Fachtagung

13:00 Uhr **Beginn der AbL-Bundesmitgliederversammlung**

1.) Begrüßung durch den Bundesvorstand, Wahl der Versammlungsleitung, Wahl der Protokollführung, Festlegung der Tagesordnung

2.) Kurzbericht des Verlages, Vera Thiel

3.) Rechenschaftsberichte

4.) Aussprache

5.) Anträge, u.a. Entwurf neue Satzung, Beschlussfassung

6.) Turnusmäßige Wahl des neuen Bundesvorstandes

7.) Sonstiges

21:00 Uhr Gemütliches Zusammensein

a) Mit regionalem Büffet: Alle Teilnehmer/innen aus dem Bundesgebiet können gerne ihre regionalen Hofspezialitäten mitbringen.

b) Agrarpolitischer Reisebericht:

AbLer/innen berichten vom Internationalen Nyéléni - Kleinbäuerinnen/bauertreffen in Rumänien 2016

c) Neuer Film aus Bayern „weiloisierendwiazamhängt“

Sonntag, 20.11.16

8:30 Uhr Morgenandacht (Ev. Landjugendakademie)

11:00 Uhr Abreise

Die Tagung führt die AbL zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend in ländlichen Räumen und der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald durch. Die AbL bedankt sich für die Unterstützung!

Tagungsort: Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald

Dieperzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen/Westerwald

Tel.: 02681-9516-0, Fax: 02681- 9516-90 www.lja.de

Organisatorische Leitung: Georg Janßen, Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung), Axel Dosch (Ev. Landjugendakademie)

Teilnehmerbeitrag: 110,00 Euro (inklusive Übernachtung und Verpflegung)

Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Eine Kinderbetreuung wird angeboten.

Gäste sind herzlich willkommen. (bitte ebenfalls anmelden).

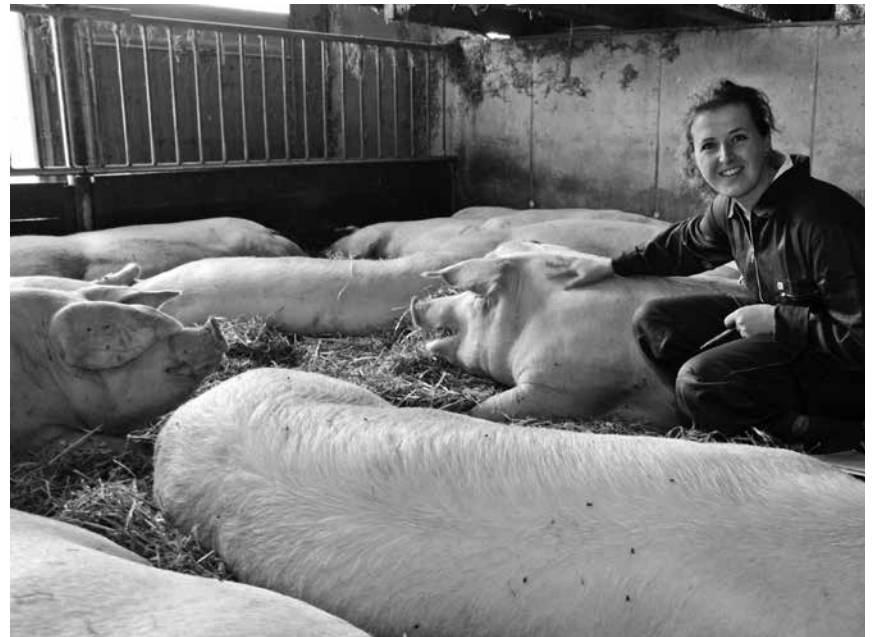
Anmeldung bitte schriftlich bis zum 08. November 2016 an:

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg

T.04131-40 77 57, Fax: 04131-40 77 58 oder info@abl-ev.de



Eigentlich ist die Frage nicht mehr, ob sich etwas ändern muss in der Haltung unserer Nutztiere sondern es geht längst um das wie und was. Zumindest bei allen, die ein bisschen über den gesellschaftlichen Tellerrand blicken. Umso wichtiger wird es sein, Lösungen zu finden, die gut sind für Tiere und Bauern und Bäuerinnen. Die sie weder von ihren Ansprüchen, noch finanziell überfordern und langfristig tragfähige Perspektiven für die Zukunft bieten. Politik und Handel dürfen es nun nicht bei Handlungsempfehlungen, schwammigen Bekundungen und uneingelösten Versprechungen belassen, sondern müssen konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen. Auf den Weg einer gesellschaftlich anerkannten, artgerechten Tierhaltung, auf den sich Neuland-, Bio- und auch einige andere Bauern und Bäuerinnen schon gemacht haben und auf den ihnen noch viele folgen sollten.



Tiere und Bauern nicht überfordern

Artgerechte Tierhaltung geht nur, wenn alle Beteiligten bereit sind, sich zu bewegen

Das Tier in den Mittelpunkt zu stellen, scheint eine ebenso simple wie visionäre, aber auch kontroverse Leitlinie für die Nutztierhaltung der Zukunft. Auf einer Veranstaltung der Stiftung Ökologie und Landbau im Landwirtschaftlichen Bildungszentrum der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen zum Thema artgerechte Milchviehhaltung wurde mehr als einmal der Wunsch der teilnehmenden Bauern, Berufsschullehrer und Berater deutlich, eine neue Perspektive auf die Tiere wählen zu können. Nicht länger jenes durch Beratung und Wissenschaft entwickelte Leitbild des landwirtschaftlichen Unternehmers, der im Wesentlichen mit ökonomisch bewertbaren Produktionsfaktoren hantiert, leben und vermitteln zu müssen. Es gehe in ihrem Alltag als Berufsschullehrerin vielfach schlicht darum, den jungen Leuten zu vermitteln, dass sie mit Lebewesen arbeiten, so eine Teilnehmerin. Fast war Erleichterung darüber zu spüren, dass genau dies zentraler Aspekt des Seminars war. Zwar muss man sicherlich anerkennen, dass Milchkühe in der Betrachtung nie so sehr zu reinen Produktionsfaktoren geworden sind wie Schweine oder Geflügel. Dass Tierwohl allerdings auch ökonomische Vorteile bringt, wird eher an Kühen deutlich, die letztlich über einen längeren Zeitraum als „Nutztiere“ auf den Höfen leben. Darauf zielte vieles ab, was Referent Andreas Pelzer von der Landwirtschaftskammer NRW vermittelte. Er thematisierte den eben auch ökonomischen Wahnsinn, dass die meisten Milchkühe bereits in der ersten Laktation schon wieder geschlachtet

werden. Was sei das für eine Wertigkeit, die man dem Tier beimesse, wenn man eine Färsche, die man 29 Monate aufgezogen habe, schon nach 30 Tagen als Milchkuh wieder merze? Es werde oft über einen dreimal abgedruckten Spaltenboden mehr diskutiert als über den Wert einer Färsche, so Pelzer. Natürlich sei Tierwohl immer nur ein – auch ökonomischer – Kompromiss, aber mit der Anpassungsleistung, die den Tieren durch die Stallsysteme abverlangt würde, dürften diese nicht überfordert werden. „Vielleicht hat der Boxenlaufstall seine Zeit schon gehabt“, orakelte Pelzer und scheuchte die Seminarteilnehmer vor die Tür. Rückwärts sollten sie die Trittstufe am Eingang runtergehen und sich dann noch vorstellen, dass von hinten einer boxe. Jeder normale Mensch und jede normale Kuh würden nach vorne weglaufen, was im Boxenlaufstall nicht geht. Ist das schon Überforderung?

Schweineleben

Wo bei den Milchkühen im Boxenlaufstall noch ein Fragezeichen und ein individuell unterschiedliches tierisches Anpassungsvermögen steht, ist im Falle der jüngst veröffentlichten Bilder aus Verbandsfunktionärsställen ein Ausrufezeichen zu setzen. In den Filmen der Tierrechtsorganisation Animal Rights Watch (ARIWA) kann man sehen, was passiert, wenn das Anpassungsvermögen der Tiere überfordert wird. Schon die Ställe als solche sind ein Armutszeugnis, da arm an Merkmalen einer artgerechten Tierhaltung. Fast noch mehr ist es die Reaktion des in die Offensive gehenden Schweinehalters,

CDU-Bundestagsabgeordneten und Veredlungspräsidenten des Bauernverbandes Johannes Röring. Dass der oberste Fachmann für Schweinehaltung im Bauernverband seine Tierhaltung nicht auch nur einen Fingerbreit über den gesetzlichen Mindestanforderungen ausstaffiert, unterstreicht, was er von den nicht erst seit gestern debattierten und inzwischen auch schon von konservativen Institutionen wie dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums wahrgenommenen gesellschaftlichen Ansprüchen an mehr Tierwohl hält. Und es sagt auch etwas darüber aus, inwieweit er es in seiner Funktion als politischer Mandatsträger wohl für nötig hält, am ordnungsrechtlichen Status quo irgendetwas zu verändern. Dass er die Verletzungen und Krankheitssymptome an seinen nachts illegal gefilmten Schweinen gemeinsam mit seinem Tierarzt lediglich als Einzelereignisse wegargumentiert, passt zum nicht vorhandenen Problembewusstsein. Egal ist, ob man angefressene Darmvorfälle, wie man sie in Rörings Stall sieht, aufgrund ihres Vorkommens als Symptom einer systematischen Überforderung des tierischen Anpassungsvermögens an ein mangelhaftes Haltungssystem verurteilt oder weil gesellschaftliche Ansprüche an eine moderne Tierhaltung so etwas nicht tolerieren. Sicher ist, es gibt einen gesellschaftlichen Konsens, es zu verurteilen.

Klarheit schaffen!

Professionalisierung bringe automatisch mehr Tierwohl, sagt Rörings Verbandskollege, der Schleswig-Holsteiner

Werner Schwarz, der doch eigentlich ein gebranntes Kind sein müsste, weil er schon vor Jahren mit der Webcam in seinem hoch professionalisierten Sauenstall einen Shitstorm auslöste. Schon ohne verletzte Tiere stieß die Art seiner Tierhaltung nicht auf Verbraucherakzeptanz. Es wird Zeit, dass die Politik der Gesellschaft hinterher eilt und einen Rahmen entwirft, der Nutztierhaltung wieder gesellschaftsfähig macht. Es gilt das Tier in den Mittelpunkt zu stellen und es in seinen Anpassungsfähigkeiten nicht zu überfordern, es gilt aber auch die Bauern und Bäuerinnen in den Mittelpunkt zu stellen und sie nicht zu überfordern. Das fängt in der Berufsschule an und endet mit einem langfristigen politisch vorgegebenen Umbauszenario. Solange die Rörings dieser Welt glauben, mit ihrer Tierhaltung sei alles in Ordnung, sie sei sogar die einzige auf den Weltmärkten konkurrenzfähige, und an dieser Haltung auch politisch festhalten, verunsichern gegenteilige gesellschaftliche Debatten auch veränderungswillige Bauern und Bäuerinnen und lassen sie allein. Wirklich fortschrittlich ist eine politische Interessenvertretung, die die gesellschaftlichen Ansprüche mit den bäuerlichen zusammenbringt und daraus ein gemeinsames Zukunftsszenario für eine Nutztierhaltung entwirft, die bäuerliche Anstrengungen für mehr Tierwohl auch finanziell honoriert und die tierischen Anstrengungen in Haltungssystemen nur so groß macht, dass die Gesellschaft es den Bauern und Bäuerinnen noch abnimmt, dass sie ihre Tiere wirklich gut behandeln wollen. cs

„Wir müssen uns vieles in der Tierhaltung neu erarbeiten“

Handlungsfelder zur Veränderung der Tierhaltung aus Bauernsicht

Bei allem Gezauer von Politik und berufsständischer Vertretung sind viele Bäuerinnen und Bauern auf ihren Höfen schon weiter: Aus eigenen Überlegungen heraus gehen sie andere Wege, verändern ihre Tierhaltung, bauen neuartige Ställe, machen sich auf die Suche nach „unkonventionellen“ Lösungen: „Mir kamen immer mehr Zweifel, ob das in die richtige Richtung geht“, erklärte Martin Ramschulte, Münsterländer Schweinemäster, dessen Potentialanalyse zum Stallumbau in der Bauernstimme (BS) 11/2015 beschrieben wurde, seine Nachdenklichkeit: „die Tiere nicht mehr draußen, sondern trotz geregelter Zwangsbelüftung ständig umgeben vom Ammoniakgeruch und in so reizarmer Umgebung, dass ihnen die Schwänze gekürzt werden müssen, damit sie sich die nicht abkauen.“

Bauernstimmen

„Einfach ist langweilig“, meinte Matthias Erle, der auf seinem Stück für Stück gewachsenen Betrieb für Sauen und Mastschweine unterschiedlichste Haltungsformen, viele davon mit Stroheinstreu, kombiniert. Er gab zu bedenken: „Schweinehaltung soll heutzutage, damit sie sich rechnet, einfach sein. Die gesellschaftliche Debatte zwingt jetzt dazu, das Denken wieder anzufangen. Es gilt, von Anfang an für alle Schweine gute Bedingungen zu schaffen“ (BS 05/2015). Margret Schulze Heil, die mit ihrem Mann Elmar gerade einen PigPort-Stall für die Schweinemast gebaut hatte, freute sich: „Die Luft ist im Außenklimastall einfach anders, das ist auch ein viel angenehmeres Arbeiten als in den geschlossenen Ställen“ (BS 12/2015). Für Karl Österle, der in Baden-Württemberg Sauen hält und schon lange Ferkel entsprechend der Neuland-Kriterien aufzieht, ist „der Schweineschwanz generell so was wie ein Stimmungsbarometer: Ist er aufge- rollt zum Ringelschwanz, oder hängt er runter – dann ist irgendwas. Wir müssen halt immer genau hinschauen und sofort reagieren“ (BS 03/2016).

„Ich wollte etwas verändern. So wie Schweine bisher gehalten werden, mochte ich nicht weitermachen“, erklärte Andreas Brunner Anfang 2016 in der Reportage „Unser Land“ des bayerischen Fernsehens. Er hat den Mastbetrieb von seinen Eltern übernommen und einen Offenfrontstall mit 800 Mastplätzen gebaut: „Die Schweine haben mehr Platz und einen

Außenauslauf – viele Verbraucher legen ja Wert auf Tierwohl.“ Über direkte Verträge mit interessierten Metzger hat er sich in mühevoller Arbeit einen höherpreisigen Qualitätsmarkt erschlossen.

Wende in der Tierhaltung

In der Bauernstimme 05/2015 beschrieb der Sauenhalter Günter Völker im Kommentar, mit welcher Intensität die Bauern und Bäuerinnen gegen ihren erheblichen Widerstand seit den 1960er Jahren von Wissenschaft und Politik in Richtung Intensivierung gelenkt wurden. „Zeiten ändern sich und Ziele auch“, meinte in der gleichen Ausgabe Matthias Erle, eigentlich bezogen auf seine betriebliche Entwicklung. Das passt auch gesamtgesellschaftlich in Zeiten verstärkter Kritik an der Tierhaltung. Als „Notbremse“ bezeichnete Völker die Aussagen des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirates Agrarpolitik vom März 2015: „Die Anforderungen, die sich aus dem Gutachten ergeben, sind nur mit Einschränkungen in alten Ställen umsetzbar. Um Klimazonen, Stallstruktur und Zugang zu Stroh zu schaffen, reicht es nicht, die Spalten zuzubetonieren. Die Wende in der Tierhaltung braucht ebenso viel Entwicklungsstrategien, Beratung, Ausbildung, Förderung und Zeit, wie sie die Intensivhaltung begleitet haben. Erfahrungen aus dem Neuland-Programm können eine Grundlage sein.“ Das ist auch aus Sicht des Rindermästers Bastian Ehrhardt stimmig: „Die Neuland-Idee ist die richtige: Verbraucher bekommen eine Tierhaltung, wie sie sie sich wünschen, und bäuerliche Betriebe eine wirtschaftliche Perspektive“ (BS 09/2016).

Findungsphase

Heute gefragt, nimmt Günter Völker in der Landwirtschaft vor allem große Verunsicherung wahr: „In der Tendenz sind alle sehr vorsichtig. Alle wollen wissen, wo es sich hin entwickelt. Man rennt nur noch durch den Stall und schaut: ‚Wie kann ich umbauen?‘ Die Menge der Bauern muss überlegen: ‚Wie geht es weiter?‘ Wir können die alten, nicht mehr gewollten Ställe nicht auslagern wie ‚Bad Banks‘ bei den Banken.“ Er bedauert alle, die jetzt noch einen konventionellen Stall bauen, z. T. nur, weil sie noch gültige Baugenehmigungen haben und befürchten, bei Änderungsanträgen gar keine Genehmi-



Kühe, wenn sie liegen können, wie sie wollen

Foto: Müller/pixelio

gung mehr zu bekommen. „Da liegt ein großes Problem, das dringend geklärt werden muss“, betont Völker. „Die Bauordnungsämter können mit Außenklimaställen für Schweine nichts anfangen. Sie können die Emissionen nicht rechnen, wie es für eine Genehmigung notwendig ist. Bei einem ‚normalen‘ zwangsbelüfteten Stall muss die Luft mit drei Metern pro Sekunde aus dem Abluftkamin entweichen – aber wie sieht es bei ständigem bodennahem Luftaustausch mit der Umgebung aus?“ Für Völker „ist jetzt eine Findungsphase, in der alles erst mal beschwerlicher, arbeitsaufwendiger ist. Das muss gar nicht so bleiben, aber tierfreundlicher wird es werden.“ Er selbst baut mit großer Neugier versuchsweise für sechs Sauen einen Gruppenabferkel- und -säugebereich.

Mehrerlös statt Niedrigkosten

Es gibt sie also, die Pioniere der Veränderung. Auch wenn einige den höheren Aufwand zunächst sogar ohne eine höherpreisige Vermarktungsmöglichkeit stemmen – langfristig ist sie unbedingt nötig, auch zur Wegbereitung, damit sich weitere Betriebe mit einer Perspektive vor Augen auf den Weg machen. Familie Österle bekommt nach langen Jahren ohne Honorierung mittlerweile als Ferkellieferant für Neuland- und Tierwohllabelbetriebe einen besseren Erlös. Sie sind Teil einer Wertschöpfungskette, die von den Erzeugerkosten aus Preise kalkuliert hat und mit langfristigen Verträgen für Edeka Südwest produziert. Österles sind, wie es der Berater für alternative Schweinehaltung, Rudolf Wiedmann, beschreibt (BS 07/2016), aus dem gängigen landwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell der Kostenführerschaft ausgeschert – um

Erlösmaximierer zu werden. Bei dieser Strategie, die auf extra, sich von der ansonsten zur Zeit undifferenzierten Produktmasse abhebende Vermarktungswege mit z. T. kleineren Strukturen und auf deutliche Kommunikation der jeweiligen Leistungen angewiesen ist, bestehen zusätzliche Herausforderungen. So ist die gute Verwertung und Vermarktung des ganzen Tieres nicht ganz leicht.

Keine herkömmlichen Ställe mehr

Auch die Beratung ist gefordert, sich umzustellen. Wer Unterstützung finden will, muss bisher hartnäckig suchen. Erfahrene Berater für artgerechte Tierhaltung, wie der PigPort-Entwickler Rudolf Wiedmann sowie die langjährigen Neuland-, Bio- bzw. Tierschutzlabel-Experten Jan Hempler und Bernd Kuhn, raten bei Anfragen zu Neubauten eindringlich: Konsequenter mitdenken, dass der Stall weitere Optionen zulässt – bis einschließlich Neuland- und Biostandard. Fälle, wie sie Andreas Brunner erlebt hat, sind für einen Umbau der Tierhaltung kontraproduktiv: „Von der Beratung waren alle erst mal zurückhaltend – ich sollte doch einen normalen Stall bauen, da gäb’ es die Garantie, der funktioniert. Die Bank war auch ein bisschen skeptisch.“ Zu diesem Punkt weiß Günter Völker aus einer Diskussionsveranstaltung in Gütersloh Wegweisendes zu berichten: „Dr. Ludger Breloh, Chefeinkäufer bei Rewe, riet einem anwesenden Bankenvertreter eindringlich: ‚Finanzieren Sie keine herkömmlichen Ställe mehr!‘ Die Richtung ist klar – wir Bauern müssen uns vieles in der Tierhaltung neu erarbeiten. Und darum ringen, dass sich das auch in unseren Preisen widerspiegelt.“

Tierhaltung muss gesellschaftlich getragen sein

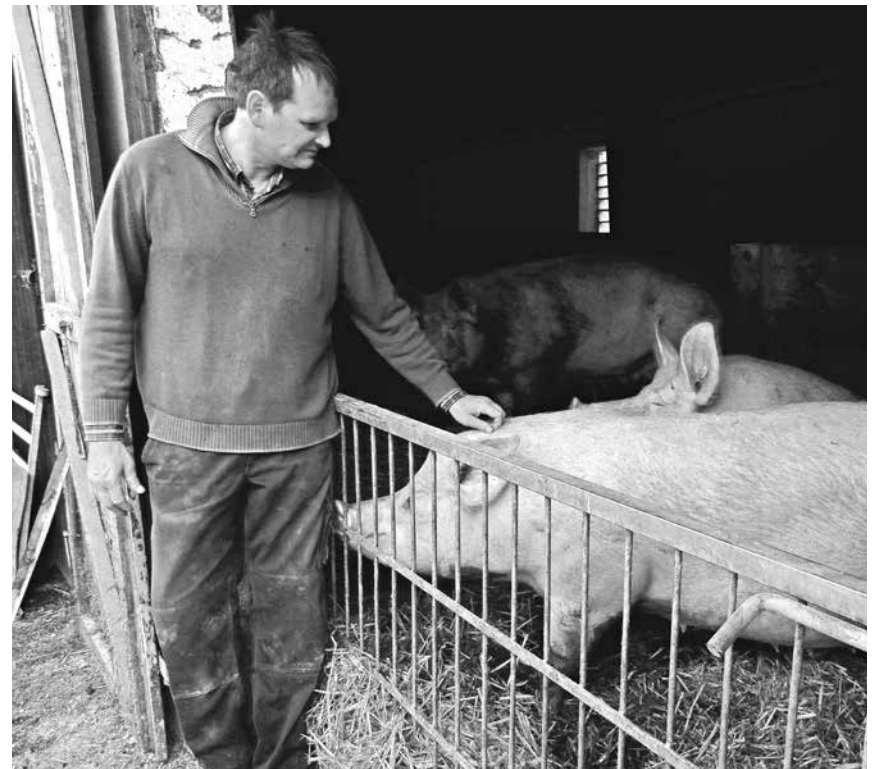
Es bedarf konkreter Vorgaben, um die unterschiedlichen Vorstellungen landwirtschaftlicher Produktion zusammen zu führen

Kennen Sie Chicken Cat, die Hühnerkatze? Nein, das ist kein neues Tier, sondern eine Maschine zum Hähnchenverladen. Das Prinzip ist einfach: ein kleiner Wagen mit vier Rädern, ein teleskopierbares Förderband, an dessen vorderem Ende zwei gegenläufige Walzen mit langen Gummifingern befestigt sind. Die Hähnchen sind im Dunkeln recht ruhig. Im großen Stall haben sie zudem zum Ende der Mastperiode kaum die Möglichkeit auszuweichen. Und so kann die Chicken Cat sie der Reihe nach einstrudeln. Über das Förderband werden sie in Kisten verladen und dann auf dem LKW zum Schlachthof gebracht. Nur ein winzig kleiner Ausschnitt aus dem breiten Spektrum heutiger landwirtschaftlicher Produktionsabläufe. Hocheffizient, rationalisiert und ökonomisch optimiert. Entwickeln konnten sich derartige Produktionsmethoden offenbar nur in einem abgeschlossenen Verbund zwischen Tierhaltern, Ökonomen und Maschinenbauern. Das jedenfalls lässt die schon seit einiger Zeit bei den Verbrauchern immer weiter steigende Ablehnung derartiger Produktionstechniken vermuten. Bei der Demonstration „Wir haben es satt“ in Berlin bekundeten jedes Jahr wieder Zehntausende, dass sie mit dieser Art der industriellen Landwirtschaft nicht einverstanden sind. Schnell bekommen die Demonstranten, die ja die Verbrau-

cher, also die Kunden der Landwirte sind, von den Verbandsfunktionären vorgeworfen, unrealistische, idealisierte Vorstellungen einer weltfremden Bauernhofromantik zu haben. Ein Austausch kommt selten zustande. Und doch haben sich nach vielen Jahren der Proteste Wissenschaftler des Themas angenommen und das Gefühl der Bürger in einen objektiven Rahmen gesteckt. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung hat ein Gutachten zur Tierhaltung vorgelegt und das Bundeslandwirtschaftsministerium einen Kompetenzkreis Tierschutz eingerichtet.

Unerwartete Kritik

Ein Donnerschlag für die Vertreter des Bauernverbands, die sich so gut eingerichtet hatten in ihrer Wagenburg namens „Wir wissen, wie es geht“. Dass hier viel zu entwickeln und zu gestalten wäre, mahnt Prof. Dr. Harald Grethe von der Humboldt-Universität Berlin, einer der Autoren des Gutachtens Tierhaltung des Wissenschaftlichen Beirats an. „Wir reden viel über Tierwohl, aber da ist zu wenig Substanz hinter; es muss vielmehr um den Umbau der Tierhaltung gehen, und da fehlt eine langfristige Strategie. Der Bauernverband sollte mitgestalten, statt immer nur zu bremsen!“, so der Wissenschaftler auf dem Bauerntag in Hannover. Gefordert wird von Prof. Grethe eine langfristige



Menschen, wenn sie Tiere halten können, Wie sie wollen

Foto: Schievelbein

Strategie zum Umbau der Tierhaltung: mehr Platz pro Tier, Klimazonen im Stall, Strukturierungen von Bucht und Böden, ein Verbot der Amputationen, betriebliche Eigenkontrollen und besseres Management. „In zehn bis 15 Jahren könnte es ganz neue Technologien und Stallsysteme geben“, so Grethe.

Dass es den Landwirten, Stallplanern und Funktionären einer industriellen Tierhaltung gut anstünde, sich auf diesen Transformationsprozess einzulassen, das belegen auch die Ergebnisse des Kompetenzkreises Tierschutz. Schon vor der Veröffentlichung des Abschlussberichts, an dem gerade gearbeitet wird, stellte Gerd Lindemann, ehemaliger Landwirtschaftsminister Niedersachsens und davor Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, auf einem Symposium des Fleischkonzerns Tönnies die ersten Ergebnisse vor. Übereinstimmung sieht Lindemann mit dem Wissenschaftlichen Beirat beim Thema Kosten: Für langfristige Tierwohl-Tierschutzmaßnahmen über alle Ebenen beziffert er diese mit drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr. Aufgebracht werden müssten diese Mittel vor allem vom Staat, aber auch von der Wirtschaft und den Bauern. Ob hier auch eine Umstellung der Direktzahlungen angedacht ist, lässt Lindemann ganz im Gegensatz zu Grethe offen. Dieser hatte beim Bauerntag festgestellt, dass die heutigen Direktzahlungen in Zukunft so nicht mehr zu

verteidigen seien. „Die staatlichen Zahlungen müssen für den Umbau der Landwirtschaft genutzt werden. Der größte Teil der Prämien befindet sich in der nicht maßnahmenbezogenen ersten Säule.“

Wo bleibt die Politik

Der Kompetenzkreis Tierschutz als Gremium des Bundeslandwirtschaftsministeriums empfiehlt zur Umsetzung eine freiwillige Verbindlichkeit der Marktbeteiligten. Nur wenn es Sanktionsmöglichkeiten gäbe, hätten freiwillige Absprachen auch einen nachhaltigen Bestand. Kontrollieren soll dies nicht das Ministerium, sondern der Handel habe die Verantwortung, auf deren Einhaltung zu achten.

Sehr deutlich die Aussage zu „kurativen Eingriffen“. Diese hätten zum einen ein „hohes Skandalisierungspotenzial“ beim Verbraucher. Das Kupieren der Schwänze bei Schweinen müsse enden. Offen ließ Lindemann allerdings den zeitlichen Rahmen. In ersten Schritten sollen auf Referenzbetrieben Management und Equipment erforscht werden. Auch sollen auf jedem Betrieb fünf Prozent der Tiere die Schwänze behalten, damit Erfahrungen gesammelt werden könnten. Etwas provokativer, direkter formulierte Professor Grethe die Notwendigkeit der intakten Ringelschwänze: „Es geht uns nicht



Schweine, wenn sie sonnen können, wie sie wollen

Foto: Wiedmann



In der Findungsphase: Neuland erkunden

Foto: Weißenberg

Fortsetzung von Seite 13

ums Schwänzekupieren, sondern um einen Indikator für den Zustand des Tieres und ob es ihm gut gegangen ist während der Mast. Tiere mit gesundem Schwanz bedeuten gute Haltung und viel Tierwohl.“

Was bei beiden fehlt, ist der Rückgriff auf über 20 Jahre Erfahrung in Neuland- und Biobetrieben. Haltung auf Stroh und intakte Ringelschwänze sind hier vorgeschrieben. Dass dieses Wissen nicht genutzt wird, ist sehr zu bedauern. Auch vor dem Hintergrund, dass mit dem Deutschen Tierschutzbund einer der Trägerverbände des Neuland-Programms Mitglied im Kompetenzkreis Tierschutz ist.

Dem immer wieder vorgebrachten Argument, nationale Alleingänge führten zu Marktverzerrungen zu Lasten der einheimischen Produzenten, weil aufgrund höherer Auflagen und steigender Produktkosten einheimische Ware durch billige mit geringerem Tierschutzstandard aus dem Ausland ersetzt würde, setzt Lindemann entgegen, es gäbe eine Aussicht auf eine Lösung innerhalb der Regeln der Welt Handelsorganisation. So sei es denkbar, dass Fleisch und Tiere aus Ländern, die unter Umgehung der in der EU geltenden Tierschutznormen produzieren, zurückgewiesen würden.

Lange Übergangszeit

Sowohl der Kompetenzkreis als auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats gehen von langen Übergangszeiten aus. Damit diese aber nicht ins Unendliche reichen, bedarf es jetzt klarer Vorgaben der Rahmenbedingungen. Diese müssten eigentlich von der Politik und damit vom Bundeslandwirtschaftsminister vorgegeben werden.

Doch bisher hat Bundesminister Schmidt wenig Konkretes vorzuweisen. Er hat viele Runde Tische und Möglichkeiten zum Austausch der Beteiligten und Betroffenen geschaffen, hat wissenschaftliche Gutachten vorliegen und die Ergebnisse eigener Kompetenzkreise. Er nimmt die Stimmen der Bevölkerung wahr, die jedes Jahr an seinem Dienstsitz vorbeiziehen und eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen fordern. Ein erster vorsichtiger Schritt könnte die für Januar angekündigte Einführung eines dreistufigen staatlichen Tierschutzlabels sein. Für eine Branche, in der viele Betriebe vor der Entscheidung stehen, sich entweder weiter in Richtung industrielle Produktion zu entwickeln oder aufzugeben, ist dies als Signal für eine Richtungsänderung zu wenig. Wenn aktuell immer noch Schweineställe geplant, genehmigt und gebaut werden, die weder eine Möglichkeit für Auslauf besitzen noch die schon jetzt bekannten Anforderungen für eine Haltung der Tiere ohne die Notwendigkeit kupierter Schwänze erfüllen können, scheint das unverständlich, erklärt sich aber aus dem Selbstverständnis der Branche. In den Augen der Verbandsfunktionäre des Deutschen Bauernverbands bleibt die Tierhaltung, wie sie aktuell praktiziert wird, eine artgerechte, ökonomisch sinnvolle Art der Lebensmittelproduktion. Dass die Gesellschaft sich mit den Produktionsbedingungen so gar nicht anfreunden will, wird deren verklärten Kinderbuchvorstellungen vom Bauernhofidyll zugeschrieben. Bisher mussten die Landwirte nicht wirklich befürchten, dass ihnen dies zum Verhängnis wird. Schließlich durchläuft ihr Produkt auf dem Weg vom Maststall bis zur Fleischtheke einen Anonymisierungsprozess, der es dem

Verbraucher in der Metzgerei durchaus wieder erlaubt, an bäuerliche Produktionsbedingungen in ländlicher Umgebung zu denken. Nicht zuletzt die Werbung missbraucht dies immer wieder mit einschlägigen Namensgebungen, Etiketten und Werbesprüchen.

Baugesetz / Privilegierung

Den Befürwortern dieser Entwicklungen hin zu immer größeren Einheiten in der konventionellen Landwirtschaft dürfte das zurückhaltende Nichtstun des Bundesministers entgegenkommen. Ganz im Gegensatz zu den immer neuen Entwürfen und Gesetzesvorschlägen aus dem Bauministerium von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Ab einer Größe von 1.500 Schweinen, 600 Rindern oder 30.000 Stück Geflügel soll nach ihren Vorstellungen zukünftig ein Bebauungsplan der Gemeinde Voraussetzung für Stallneubauten sein. Eine Größenordnung, die im Übrigen auch so mancher ökologische Betrieb erreichen könnte. Der Bebauungsplan der Gemeinde würde damit die bisherige Privilegierung ablösen und könnte über Ort und Größe der Neubauten mitentscheiden. Ziel ist es laut Hendricks, mehr Bürgerbeteiligung zu schaffen: „Die Mehrzahl der Bürger ist der Ansicht, dass die konventionelle Landwirtschaft so wie bisher nicht zukunftsfähig ist.“

Steuerungsinstrumente vorhanden

Die Reaktionen des DBV sind eindeutig ablehnend gegenüber nahezu jeder Form der Neuausrichtung. Das ist aber auch nicht anders zu erwarten. Die Heftigkeit allerdings, mit der der Verband versucht, die Diskussion um höhere Umwelt- und Tierschutzstandards und eine Produktion im Sinne der Verbraucher zu beenden, sind ein Indiz dafür, als wie bedrohlich die Entwick-

Nicht nur Haltung

Zwei neue Studien zur ökologischen Tierhaltung kommen zu interessanten Ergebnissen. Die Universität in Kassel untersuchte die Gesundheit von Milchkühen in 200 Betrieben in Deutschland, Frankreich, Spanien und Schweden. Der Fokus lag auf Eutererkrankungen und Lahmheiten und die ernüchternde Erkenntnis ist, dass in der Gesamtheit die gesundheitliche Situation von Biokühen nicht besser ist als von konventionell gehaltenen. Resümee von Studienleiter Albert Sundrum: „In einem (Wirtschafts-)System, das nur Kostenführerschaft belohnt, sollte Tiergesundheit nicht allein der Selbsteinschätzung einzelner Landwirte überlassen bleiben.“

Zu gegenteiligen Ergebnissen kamen Wissenschaftler des Thünen-Instituts (TI) für Ökologischen Landbau in Trenthorst in Bezug auf die Gesundheit von Biosauen. Sie untersuchten mehr als 1.000 tragende und nicht tragende Sauen auf 40 Biobetrieben. Entsprechend der EU-Ökoverordnung werden die Tiere in Gruppen gehalten, haben eine eingestreute Liegefläche und den vorgeschriebenen Auslauf. Im Schnitt lag der Anteil klinisch lahmer Sauen auf den Ökobetrieben laut der Studie unter 7 %, während in konventioneller Haltung durchschnittlich mehr als 20 % der Tiere lahmen. Das Ergebnis zeige, so die Forscher, dass das ökologische Haltungssystem grundsätzlich Vorteile für das Tierwohl biete. Auffällig ist, ist das beide Studien die individuelle Komponente des Betriebsmanagements betonen, die große Unterschiede im Gesundheitszustand der Tiere trotz ähnlicher Haltungsbedingungen auf den Betrieben bedeuten. Zur Kassler Kuh-Studie heißt es: „Bemerkenswert sind die enormen Unterschiede zwischen den Betrieben. Sie lassen sich weder durch regionale Gegebenheiten noch durch die Betriebsgröße erklären. Vielmehr sind Erkrankungsraten zuallererst das Ergebnis einer suboptimalen Betriebsführung.“ Die schleswig-holsteiner Schweine-Forscher „weisen jedoch darauf hin, dass auch die Qualität des Managements einen wichtigen Faktor darstellt. (...) Eine ausreichende Sensibilisierung der Betreuungspersonen ist deshalb wichtig.“ ^{cs}

lungen wahrgenommen werden. Damit wird aber auch deutlich, dass die vorgeschlagenen Instrumente, von der Qualifizierung der Direktzahlungen über ein geändertes Planungsrecht bis zum Verbot Schwänze zu kupieren, ein Ansatz sind, der schon jetzt allen Beteiligten deutlich macht, dass sie sich im Falle der Einführung deutlich werden bewegen müssen.

Jetzt auch Gentech-Kühe?

Neue Gentechnikverfahren sollen jetzt auch bei Nutztieren eingesetzt werden

Derzeit findet eine regelrechte Kampagne zur Einführung von Tieren in die Landwirtschaft statt, die mit neuen gentechnischen Verfahren manipuliert werden. Beispielsweise veröffentlichte im Mai 2016 die Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde (DGfZ) ein Positionspapier, in dem die Einführung der neuen Gentechnikverfahren in die Tierzucht befürwortet wird. Die Begründung der Verfasser des Papiers, die seit Jahren einschlägig aktiv sind: Verfahren wie die Verwendung von DNA-Scheren (u. a. CRISPR/Cas) seien „vielversprechend zur qualitativen Verbesserung der landwirtschaftlichen Tierproduktion, insbesondere im Hinblick auf eine effiziente, nachhaltige und zielgenaue Produktion, was angesichts der globalen Herausforderungen an die landwirtschaftliche Tierproduktion dringend erforderlich ist“.

Ungewollte Veränderungen

Sieht man sich die aktuell vorliegenden Publikationen aus diesem Bereich genauer an, stellt man fest, dass die meisten der aktuell verfolgten Projekte wie eine höhere Leistung der Tiere, Anpassungen an Haltungsbedingungen, veränderte Zusammensetzung der Milch, Resistenzen gegen Viren und Parasiten schon in ihrer Zielsetzung fragwürdig sind. Auch ihre technische Realisierung steht vor Problemen: Die Anwendung der oft als präzise dargestellten neuen Methoden der Gentechnik wie das so genannte Genome-Editing hat auch ungewollte Veränderungen im Erbgut zur Folge, die mit Risiken für Mensch und Umwelt einhergehen. In jedem Fall würde die landwirtschaftliche Nutzung von Gentechnikern zu einer erheblichen Gefährdung von Mensch und Umwelt führen.

Beispiele für Risiken

Gentechnisch veränderter Lachs könnte trotz Vorsorgemaßnahmen entkommen und sein Erbgut in natürlichen Populationen verbreiten. Bei der gentechnischen Veränderung der Milch von Kühen kann es zu ungewollten Veränderungen aller Milchbestandteile kommen. Zudem können gesundheitlich bedenkliche biologisch wirksame Botenstoffe (miRNA) in die Milch gelangen. Schweine, die durch gentechnische Veränderungen resistent gegen bestimmte Viren gemacht wurden, können zu Überträgern der Erreger werden. Eine gentechnische Veränderung von Rindern, um diese gegen Schlafkrankheit resistent zu machen, ist mit gesundheitlichen Risiken für die Tiere selbst verbunden.

Die Folgen der gentechnischen Veränderung können sich auf ganz unterschied-

liche Ebenen auswirken. Ein Beispiel: Nach Hunderten von Versuchen und vielen tot geborenen und kranken Tieren wurde in Neuseeland ein gentechnisch verändertes Kuhkalb geboren, das Milch mit weniger allergieauslösenden Eiweißstoffen produzieren könnte. Diesem Kalb fehlte aufgrund unerwarteter Nebeneffekte der Schwanz, auch seine Organe weisen Veränderungen auf. Mit Hormongaben wurde das Kalb zur Milchproduktion gebracht. Doch diese Milch ist so stark in ihren Inhaltsstoffen verändert, dass sie mehr oder weniger ungenießbar ist.

Tatsächlich lassen sich weder die Risiken für die Umwelt noch die Risiken für die menschliche Gesundheit zuverlässig abschätzen. Diese Probleme der Risikoabschätzung werden in Zukunft noch deutlich zunehmen: So sollen unter anderem mehrfach gentechnisch veränderte Tiere kreiert werden. Getrieben wird die Entwicklung von wirtschaftlichen Interessen: Mit den Gentechnikern halten Patente Einzug in Kuh- und Schweinestall. Eine weitere Umgestaltung der Tierzucht im Sinne der Interessen von Firmen, die vor allem ihre patentgeschützten Tiere verkaufen wollen, bedeutet für Landwirte und mittelständische Züchter eine Bedrohung ihrer Existenz und eine drastische Ausweitung der industriellen Massentierhaltung. Eine gentechnikfreie Produktion könnte dadurch unmöglich gemacht werden.

Konzentration der Forschung

An vielen derzeit verfolgten Projekten ist im Hintergrund der englische Konzern Genus beteiligt, der als größter Tierzuchtkonzern weltweit gilt. Genus unterstützt insbesondere die US-Firma Recombinetics, die bereits mehr als ein Dutzend Patente auf gentechnisch veränderte Nutztiere angemeldet

hat, unter anderem auf hornlose Rinder oder auf Tiere, die sich nicht mehr fortpflanzen und vom Landwirt nicht mehr zur Zucht verwendet werden können. Daneben hat auch die US-Firma Intrexon Patente auf Schweine, Rinder und Schafe angemeldet. Zu ihrem Geschäftsfeld gehören u. a. geklonte Bullen, aber auch gentechnisch veränderte Insekten und der in den USA zugelassene Gentechniklachs.

Angesichts der Ankündigungen einzelner Firmen, in den nächsten Jahren viele Gentechniker für die Landwirtschaft zum Einsatz bringen zu wollen, stehen Politik und Gesellschaft vor einer grundlegenden Weichenstellung. Der Deutsche Bundestag hat sich ebenso wie das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit bereits gegen die Zulassung von Klontieren in der Landwirtschaft ausgesprochen. Die Politik sollte jetzt frühzeitig gegen eine Zulassung bzw. Freisetzung von Gentechnikern Stellung beziehen, da sonst der Druck von Investoren steigen wird und die Vermarktungsinteressen immer stärker in den Vordergrund treten werden. Dabei muss das Vorsorgeprinzip politisch und wissenschaftlich deutlich aufgewertet werden. Dies ist auch im Hinblick auf die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP mit Staaten, die bei der Entwicklung der Gentechniker äußerst aktiv sind, eine zentrale Herausforderung für die Politik. Vor diesem Hintergrund sollten klare Verbote angestrebt werden: Die Politik sollte klarstellen, dass es in der EU auf absehbare Zeit keine Möglichkeit gibt, Zulassungen für gentechnisch veränderte Nutztiere und deren Produkte zu erteilen oder diese freizusetzen. Die Patentierung von Nutztieren sollte in der EU verboten werden.

*Christoph Then,
Leiter von TestBiotech*



Obacht - Vorsicht ist angebracht!

Foto: Herzog



Klare Position in Österreich

Sind neue Züchtungsverfahren wie CRISPR/Cas als Gentechnik einzustufen? Für das österreichische Gesundheitsministerium ist die Haltung klar: „All diese neuen Techniken wie CRISPR/Cas und so weiter erzeugen gentechnisch veränderte Organismen – zumindest nach der österreichischen Rechtslage“, so der zuständige Experte für Gentechnik im österreichischen Gesundheitsministerium Dietmar Vybiral gegenüber dem ORF. Das Argument mancher Befürworter, dass das Endprodukt genauso gut durch eine natürliche Kreuzung oder schon lange zugelassene Methoden wie Bestrahlung oder chemische Behandlung hätten entstehen können, ist für den Molekularbiologen Vybiral kein Argument. Denn die EU-Gesetzgebung sei prozessorientiert, nicht produktorientiert. Die neuen Gentechnikmethoden griffen künstlich und gezielt in das Erbgut ein, um dort Veränderungen auszulösen. „Dementsprechend ist das alles nicht natürlich, es ist gezielt, und wenn es gezielt ist, fällt es unter das österreichische Gentechnikgesetz“, so Vybiral weiter. Er ist sich aber sicher: Würden CRISPR/Cas und weitere ähnliche Methoden von der EU-Kommission nicht als Gentechnik eingestuft, würden zumindest 15 Mitgliedsstaaten dagegen Einspruch erheben – darunter auch Österreich. av

„Zustimmung nur unter bestimmten Bedingungen“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Ceta-Kritiker Matthias Miersch im Interview

Industrie schäumt

Vor kurzem noch hatten kanadische Politikvertreter dem europäischen Agrarkommissar Phil Hogan als Abhilfe für die Milchkrise geraten, doch eine Milchmengensteuerung ähnlich der ihren einzuführen, um die Erzeugerpreise zu stabilisieren. Nun plant die kanadische Milchbranche nach Angaben von *Agra Europe* eine Vereinbarung, „wonach importierte Milchmengen durch Ware aus dem eigenen Land ersetzt und der Export von Milchprodukten subventioniert werden soll.“ Die Milchindustrieverbände toben – und zwar in trauriger Einigkeit in der EU, den USA, Mexiko, Australien und Neuseeland. In Schreiben an ihre Regierungen, forderten die Interessenverbände den Fall als Wettbewerbsverzerrung vor ein Schiedsgericht der Welthandelsorganisation WTO zu bringen, um die kanadischen Pläne zu stoppen. Die Verbände sehen Vereinbarungen der WTO und des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) verletzt. In Gefahr seien auch das angestrebte EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und die Transpazifische Partnerschaft (TPP), an deren Verhandlungen neben Kanada u.a. auch die USA, Australien, Mexiko und Neuseeland beteiligt sind. cw

Unabhängige Bauernstimme: Sie haben der SPD eine inhaltliche Debatte über Ceta abgerungen, die in anderen Parteien gar nicht stattgefunden hat. Am Ende ist ein Kompromiss herausgekommen, trotzdem gibt es Enttäuschung – auf Seiten der vielen tausend Ceta-Gegner ist gar von Verrat die Rede. Was ist aus Ihrer Sicht erreicht worden?

Matthias Miersch: Der Beschluss des SPD-Parteikonvents ist kein Blankoscheck für Ceta. Wenn bestimmte Bedingungen nicht rechtsverbindlich erfüllt sind, ist Ceta für die Sozialdemokratie nicht zustimmungsfähig. Um diese Bedingungen zu erfüllen und zu rechtsverbindlichen Vereinbarungen zu kommen, ist nun ein breiter Diskurs erforderlich, den das Europäische Parlament mit der Zivilgesellschaft und den nationalen Parlamenten führen muss.



Matthias Miersch ringt SPD-Spitze Zugeständnisse in Sachen Ceta ab Foto: SPD

Aber gibt es die Garantie, dass der jetzt von der SPD gezeichnete Prozess der Parlaments- und Bürgerbeteiligung auch angemessen stattfindet? Und wie soll das ganz praktisch stattfinden?

Es ist alles möglich, wenn es denn gewollt ist. Kurzfristig gibt es bereits eine Einladung an Vertreter der nationalen Parlamente nach Brüssel, um bestimmte Punkte wie z. B. den Schutz des Vorsorgeprinzips schnell zu klären. Und für besonders strittige Fragen wie den Investorenschutz ist ein vorläufiges In-Kraft-Treten ja bereits ausgeschlossen. Der vor uns liegende Dialog über CETA wird ein langer Prozess und da ist noch viel Gehirnschmalz nötig, um zu einem zufrieden stellenden Ergebnis zu kommen.

Viel Verantwortung liegt nun bei den Parlamenten – man könnte auch sagen, ihnen ist der schwarze Peter zugeschoben worden. Im EU-Parlament überwogen bislang

die kritischen Stimmen nicht.

Parlamente müssen in einer Demokratie immer das letzte Wort haben. Zuständigkeitsfragen kann man also nicht daran bemessen, wie die Mehrheitsverhältnisse gerade sind. Das ist auch meine Kritik an Linken und Grünen. Auf der einen Seite kritisieren sie, dass Kanzlerin Merkel anderen Staaten die „deutsche Sparpolitik“ aufzwingt, während sie bei CETA ignorieren, dass die meisten europäischen Staaten CETA positiv sehen. Wir haben als Kritiker gute Argumente, die wir jetzt in den Parlamenten vorbringen müssen. Ich hoffe, dass sich das EU-Parlament emanzipiert, einen breiten Diskurs wagt und dass daraus gute Lösungen entstehen.

Was sind denn die ganz großen Brocken, die es zu bearbeiten gilt?

Zum einen der Bereich Investorenschutz mit der Formulierung der „fairen und gerechten Behandlung“, der in der Vergangenheit immer wieder von großen Konzernen ausgenutzt wurde, um gegen Staaten zu klagen. Da brauchen wir einen Paradigmenwechsel, um diesen Giftzahn zu ziehen. Eine Lösung wäre, das entsprechende Kapitel des Vertrags gar nicht erst in Kraft treten zu lassen oder es komplett neu zu formulieren. Der andere schwierige Punkt sind die so genannten Negativlisten, in denen steht, welche Bereiche von Ceta nicht erfasst werden. Aus Sicht der SPD müssen wir es genau andersherum machen mit einer Positivliste, die klar regelt, für welche

Bereiche Ceta gilt. Dann ist klar: Wenn sich zum Beispiel neue Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entwickeln, sind sie erstmal nicht von CETA erfasst.

Muss man nicht nach wie vor fürchten, dass es grundsätzlich zu unfairen Marktöffnungen kommen wird, sich im landwirtschaftlichen Bereich die kanadischen Bauern und Bäuerinnen um billigen Käse aus der EU auf ihrem bislang durch Quoten stabilisierten Milchmarkt sorgen müssen?

Das müssen die Spezialisten aus den entsprechenden Bereichen sicherstellen, dass die Quoten oder Quoten sachgerecht festgelegt werden. Und am Ende ist es dann eben nicht nur die Entscheidung durch den Ministerrat, der so etwas festlegt, sondern jedes einzelne nationale Parlament und auch das EU-Parlament. Deshalb war eben auch jede Demo gegen die Abkommen wichtig, um von einer totalen Intransparenz zu einer umfänglichen Mitbestimmung zu kommen. Das unterstreicht nun auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das entschieden hat: Eine Zustimmung kann es nur unter bestimmten Bedingungen geben. Für Ceta funktioniert kein pauschales Ja oder Nein, sondern man muss Kompromisse schließen und Mehrheiten organisieren.

Vielen Dank für das Gespräch!

cs



„Jede Demo war wichtig!“, sagt Miersch, auch die in Hannover, auf der er war

Foto: Schievelbein

Widerstand gegen CETA

Faule Deals bei der SPD, aber Rückgrat der kleinsten EU-Regionen

Das „Gallische Dorf“ wird Wallonien inzwischen genannt. Das wallonische Parlament als auch der Regionalratspräsident haben ihre Zustimmung zu Ceta, dem Handelsabkommen zwischen EU und Kanada, verweigert. Damit durfte Belgien nicht zustimmen und hat die geplante Verabschiedung von Ceta im EU-Handelsrat am 18. Oktober platzen lassen. Theoretisch hätte eine qualifizierte Mehrheit gereicht, um Beschlüsse über Ceta im EU-Rat zu fassen und Belgien hätte locker überstimmt werden können. Aber um Ceta abschließend zu ratifizieren, braucht es spätestens bei der Zustimmung aller Mitgliedsstaaten auch die Unterschrift von Belgien. Somit nützt es nichts, in dieser Phase ein Land einfach zu überstimmen. Außerdem hatten auch Rumänien, Bulgarien und Slowenien nach Angaben von tagesschau.de bis zuletzt mindestens Vorbehalte gegen Ceta. Wäre alles nach Plan gelaufen, hätte Ceta auf dem in Kürze stattfindenden EU-Kanada-Gipfel feierlich von den Regie-

rungschefs unterschrieben werden können. Ob das stattfindet, bleibt bis Redaktionsschluss offen.

Fragwürdige Zusatzvereinbarung

Der wallonische Regionalratspräsident begründet die Entscheidung damit, dass Ceta rechtsverbindlich und wirksam nachgebessert werden müsse. Als Grundlage soll die jüngste europäisch-kanadische Zusatzklärung von Ceta dienen. Diese wiederum basiert auf einem höchst fraglichen Deal der deutschen SPD. Auf dem jüngsten Parteikonvent musste Sigmar Gabriel Verbesserungsvorschläge für Ceta auf den Tisch legen. Auf deren Grundlage hat er sich die Zustimmung seiner Partei geholt, in der sich auch Widerstand geregt hat. Kurz darauf wurde die europäisch-kanadische Zusatzklärung zu Ceta veröffentlicht. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger kommentiert diese: „Die gemeinsame Erklärung gleicht einem Werbetext und begrenzt



Einmischung der Zivilgesellschaft bleibt weiter notwendig

Foto: Schievelbein

keinen der problematischen Bestandteile von Ceta“, so Weiger. „Diese Erklärung ignoriert alle geäußerten Bedenken an Ceta. Die Europäische Kommission stößt damit Hunderttausende, die gegen Ceta auf den Straßen waren, vor den Kopf.“ *AbL-Bundesvorsitzender Martin Schulz kritisiert: „In der Zusatzklärung ist vom Vorsorgeprinzip für Verbraucher- und Gesundheitsschutz überhaupt nicht die Rede.“*

Und unabhängig, ob Ceta überhaupt gemäß der Zusatzklärung wirksam nachgebessert werden kann, bleiben noch immer noch viele Probleme beste-

hen. Unter anderen beginnt eine desaströse Marktöffnung für sensible landwirtschaftliche Fleisch- und Milchmärkte, die einen Preisdruck auf beiden Seiten des Atlantiks verschärfen wird. Auch für die Gentechnik sind noch viele Passagen drin, die einer schleichenden Verunreinigung Tür und Tor öffnen. Das Fundament für eine Ratifizierung des Ceta-Vertrags wackelt und das ist auf die massive Bewegung gegen solche Handelsabkommen zurückzuführen. Widerstand, egal ob kleine Regionen oder große Bewegungen, lohnt sich!

Berit Thomsen,

AbL-Internationale Agrarpolitik

Mehr Leguminosen wagen!

Die Lobby hängt an der Spritze, Bauern und Beratung sind schon weiter

Aufgeschreckt durch den Vorschlag der EU-Kommission, die Anwendung von chemischem Pflanzenschutz bei Leguminosen auf ökologischen Vorrangflächen ab 2017 auch in Deutschland zu verbieten, regt sich gerade eine sehr aktive Lobbygruppe. Die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e. V. (Ufop), Agrarwissenschaftler und der Bauernverband versuchen die Politik zu beeinflussen. Ihrer Meinung nach stellt der Anbau von Eiweißpflanzen ohne chemischen Pflanzenschutz für konventionell wirtschaftende Ackerbaubetriebe keine Option dar. Damit würde, so die Argumentation der Lobbyallianz, die bisherige Aufwärtsentwicklung in den Anbauzahlen abrupt beendet und der Anbauumfang würde wieder auf die begrenzte Fläche allein im ökologischen Landbau zurückfallen. Ob dies wirklich so kommen muss, fragt sich nicht nur das Team des niedersächsischen AbL-Landesprojektes Eiweißfutter aus Niedersachsen (EFN), sondern fragen auch Wissenschaftler, Berater und Praktiker im nun bundesweit agierenden Demonstrationsnetzwerk Erbse/Bohne (DemoNetErBo), dem Parallelprojekt zu den bereits länger existierenden bundesweiten Soja- und Lupinennetzwerken.

Denn anstatt, so könnte man argumentieren, sich vor den Lobby-Karren der Pflanzenschutzindustrie spannen zu lassen, wäre es besser, sich bei den konventionell wirtschaftenden Praktikern für alternative agronomische Maßnahmen zur Beikrautregulierung, z. B. den Striegeleinsatz, einzusetzen. Auch der renommierte Pflanzenschutzberater Günter Klingenhagen von der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen wies auf der gut besuchten Tagung „Erfolgreich mit Körnerleguminosen: aber wie?!“ in Berlin darauf hin, dass Herbizide einen negativen Ertrags Einfluss bei Futtererbsen und Ackerbohnen hätten und die mechanische Unkrautbekämpfung auch im konventionellen Anbau neben der guten fachlichen Praxis (nicht bei nassen Bedingungen Saat ausbringen ...) immer wichtiger werde. Natürlich müsste eine mechanische Beikrautregulierung durch verschiedene – auch ökonomische – Maßnahmen unterstützt werden. Beispielsweise stehen Spezialmaschinen nicht jedem Landwirt zur Verfügung und sind kostenintensiv, gleichzeitig fehlen vielfach die nötigen Kenntnisse, die nur selten Bestandteil des schulischen Curriculums der landwirtschaftlichen Ausbildung sind. Der Anfang mit den Leguminosen auf ökolo-

gischen Vorrangflächen könnte vielleicht ein Einstieg für einige Bauern und Bäuerinnen zum „Weniger ist mehr“ bzw. dem vollkommenen Pflanzenschutzmittelverzicht sein. Eine Ökologisierung des konventionellen Ackerbaus ist schließlich gesellschaftlich gewünscht.

In den Trog

Im Futtermittelhandel sind gesellschaftliche Ansprüche schon stärker umgesetzt. Torsten Stehr, nun nicht mehr im Landhandel, sondern im Futtermittelhandel bei der Stader Saatzucht eG tätig, bietet mit dem innovativen Mischfutterprogramm „Saatzucht regio“ Futtermittel für Rind und Schwein aus regional erzeugten Rohstoffen an. Dieses Konzept wird sowohl dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) als auch Fleischverarbeitern mit „Markenfleischprogrammen“ vor Ort angeboten. Neben der GVO-Freiheit erfolgt ein kompletter Verzicht auf importierte Soja sowie Palmöl. Die im Elbe-Weser-Gebiet angebaute Ackerbohne ist neben Rapsfuttermitteln ein wesentlicher Bestandteil des Futters. Wissenschaftlich flankiert wird die Praxis unter anderem durch Ergebnisse von Manfred Weber, Landesanstalt für Gartenbau und Landwirtschaft Sach-

sen-Anhalt. Seine Kernaussage: In modernen Körnerleguminosensorten spielen antinutritive Inhaltsstoffe wie Tannine und Alkaloide keine Rolle mehr, so dass sie bedenkenlos in der Schweinefütterung einsetzbar sind. Zu diesem Ergebnis ist auch Andrea Meyer, die Fütterungsberaterin der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, mit ihren Versuchen bei Mastschweinen gekommen. Mischungsanteile zwischen 20 und 30 Prozent – in Abhängigkeit von der Leguminosenart und dem Mastabschnitt – sind ohne Leistungseinbußen möglich. Und: „Auch im Rinderbereich sind gerade Ackerbohnen ohne Probleme auch als Ganzpflanzensilage einsetzbar“, so Annabel Bergmann, Beratungsring Nordkehdingen e. V.

Agrarpolitik egal welcher Couleur ist nunmehr gefordert, die Voraussetzungen für eine weitere Anbauausdehnung und dann auch besonders den Einsatz in der Fütterung sowie die Vermarktung der dadurch entstehenden Produkte günstig zu gestalten sowie weiter fördernd und unterstützend zu begleiten.

Anika Berner,

AbL-Projekt Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen, EFN

Aus den Ruinen der Industriegesellschaft...

Bericht vom dritten europäischen CSA-Treffen vom 16. bis 18. September 2016 in Ostrava

Am Rand eines ehemaligen Steinkohlebergbau- und Stahlverarbeitungsgebiets im Osten der Tschechischen Republik, in der Stadt Ostrava, trafen sich Mitte September 150 Menschen aus 20 Ländern Europas und hatten ihre Erfahrungen mit Solidarischer Landwirtschaft mitgebracht. Sie waren von Italien bis Finnland, von Irland bis Georgien angereist, um sich über den Stand und die Entwicklung der CSA-Bewegungen in den verschiedenen Ländern ihres gemeinsamen Europas auszutauschen.

Allein schon der Ort der Veranstaltung war eindrucksvoll und symbolträchtig ausgewählt – ein mittlerweile stillgelegtes ehemaliges Steinkohlebergwerk und Stahlerzeugungskombinat, das nun –umgebaut– als Ort für Kultur-, Kunst- und andere Veranstaltungen dient.

Um uns herum also die Ruinen der Industriegesellschaft, in denen wir diskutierten, wie nachhaltige, selbst organisierte und solidarisch getragene Ernährungs- und Versorgungssysteme

besser gestaltet werden und wie wir die gemeinsame europäische CSA-Bewegung noch weiter festigen können.

Die CSA-Bewegungen haben sich in den verschiedenen europäischen Ländern in den vergangenen fünf Jahren erheblich entwickelt. In vielen Ländern wurden nicht nur neue Höfe gegründet, sondern auch Netzwerke und Organisationen gefestigt, mit dem Ziel, Informationen und Unterstützung für Höfe und Initiativen bereitzustellen und die Modelle solidarisch getragener Landwirtschaft weiter zu befördern.

Das war auch ein wesentlicher Erfolg der besseren Organisation auf europäischer Ebene. Ein wichtiger Meilenstein für ein gemeinsames Verständnis und die europäische Vernetzung ist dabei der gemeinsame Entwurf einer europäischen CSA-Deklaration, des „Common Ground“, unserer „gemeinsamen Basis“. In Ostrava haben wir diese Erklärung jetzt verabschiedet.

Während der drei Tage wurden unter anderem die Ergebnisse der europäischen CSA-Research-Group vorgestellt

und die Erfahrungen der Netzwerkentwicklung in den unterschiedlichen Ländern ausgetauscht. Ein weiteres wichtiges Thema war der Zugang zu Land, auch hier wurden erfolgreiche Modelle aus verschiedenen Ländern vorgestellt. Insbesondere die Erfolge des Modells „Terre de liens“ aus Frankreich, das in den vergangenen Jahren die Bereitstellung von Land für neue und gefährdete bäuerliche Betriebe mit 53 Mio. Euro ermöglicht hat, waren äußerst beeindruckend und sind ein Best-Practice-Beispiel für ein sinnvolles Zusammenspiel von nationalen und lokalen Verwaltungen, privaten Institutionen und Kreditinstituten, um (auch) neue Formen der bäuerlichen Landwirtschaft zu unterstützen und zu ermöglichen. In weiteren Workshops wurde besprochen, wie die Interessenvertretung auf den unterschiedlichen Ebenen von lokalen Ernährungsräten, der nationalen und europäischen Ebene bis hin zur UN-Ebene weiter verbessert werden soll. Ein wichtiges Ziel ist dabei, eine starke Interessenvertretung im Rahmen des Civil-Society-

Mechanismus (CSM) der FAO und im Rahmen der kommenden GAP-Reform 2020 für eine Erhaltung und Stärkung unterschiedlicher Formen bäuerlicher Landwirtschaft, d. h. traditioneller, lokaler und solidarisch getragener Ernährungssysteme, aufzubauen. Darüber hinaus wurde u. a. die Frage diskutiert, wie Flüchtlinge und andere benachteiligte Menschen in lokale, solidarische Ernährungssysteme eingebunden werden können. Gesprochen wurde auch über eine Möglichkeit, die europäische Vernetzung und Organisation zu finanzieren und so auf unabhängige und stabile Füße zu stellen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das dritte europäische Treffen der CSA-Bewegungen ein weiterer wichtiger Schritt war auf dem Weg zu Stärkung und Verbreiterung der CSA-Bewegungen und für eine solidarische und bäuerliche Landwirtschaft.

*Veikko Heinz,
Netzwerk solidarische Landwirtschaft*

Nürnberg, Germany
15. - 18.2.2017

Zutritt nur für Fachbesucher

BIOFACH 2017

into organic

Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel

BIOFACH. NACHHALTIG INNOVATIV.

Die internationale Networkingplattform der Bio-Branche begeistert 2.325 Aussteller und 48.533 Besucher* aus aller Welt mit ihrer Vielfalt an Bio-Lebensmitteln, ihrem hochkarätigen Fachkongress, konsequenter Zertifizierung und den einzigartigen Themenwelten:

- Neuheiten und Trends
- Erleben und Entdecken
- Wissen und Lernen

Alle Infos unter:
BIOFACH.DE

TRAGEN SIE DEN TERMIN DIREKT IN IHREN KALENDER EIN.

VERANSTALTER
NürnbergMesse
T +49 9 11 86 06 - 49 09
F +49 9 11 86 06 - 49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de

im Verbund mit
VIVANESS 2017
into natural beauty
Internationale Fachmesse für Naturkosmetik

*BIOFACH und VIVANESS



Mit der Kuh auf Du sind bei Familie Vollmer alle drei Generationen Foto: Herzog

Hat der bäuerliche Familienbetrieb Zukunft?

Vortrag gerne – Diskussion nicht gewünscht

Am 22. September lud das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein nach Rendsburg in die Halle der Landwirtschaftskammer. Die Halle war gut gefüllt. Die überwiegende Mehrheit der Zuhörenden war unter 25 Jahre alt und im Rahmen ihrer Berufsaus- bzw. Weiterbildung anwesend. Eine weitere große Gruppe waren Interessenvertreter von Verbänden; geschätzte 20 % waren „echte“ Bäuerinnen und Bauern. Das Veranstaltungsdesign beschränkte sich auf wichtige Vorträge mit der handelsüblichen Redezeitüberziehung und ohne Diskussions- oder Nachfragemöglichkeit durch die Zuhörenden. Den Auftakt machte der Landwirtschaftsminister des Landes, Dr. Robert Habeck, mit einem Impulsvortrag über die Situation und Zukunft der Landwirtschaft im nördlichsten deutschen Bundesland. Habeck sprach sich für mehr Gestaltungsspielraum und Selbstbestimmung der Bäuerinnen und Bauern bei Preis, Produkt und Menge der erzeugten Produkte aus. Dort wo die freien Marktkräfte zu offensichtlichen Marktversagen führen, sieht er die Agrarpolitik in der Pflicht. Diese könne über das Ordnungsrecht regulierend eingreifen (z. B. im Düngerecht) oder durch die Umverteilung öffentlicher Gelder für öffentliche Leistungen (Umschichtung von der ersten in die zweite Säule) z. B. beim Tier- oder Umweltschutz mit finanziellen Anreizen steuernd eingreifen.

Rationalisierung

Peter Levsen Johannsen, Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer in Schleswig-Holstein entwarf hingegen ein eher neoliberales

Leitbild von der Kostenführerschaft, die es einzunehmen gelte; diese sei durch konsequente Nutzung des biologischen Fortschritts (Tier- und Pflanzenzüchtung) sowie des organisatorischen Fortschritts (technische Neuerungen) zu erreichen. Ähnlich der Entwicklung im Geflügel- und Schweinebereich sieht Johannsen eine starke Tendenz zu vertikaler Integration auch bei Futter- und Ackerbaubetrieben. Eine Position, die so ähnlich auch Schleswig-Holsteins Bauernverbandspräsident Werner Schwarz einnahm. Immerhin erwirtschafteten schleswig-holsteinische Bauern ein Drittel ihrer Wertschöpfung im Export und somit am deutschen Discount vorbei, so seine Begründung für die angesagte Rationalisierung. Bernhard Forstner vom Thünen-Institut beschrieb die Entwicklung des Strukturwandels in Schleswig-Holstein in Zahlen: Es gebe einen konstanten Rückgang der Betriebe um ca. drei Prozent pro Jahr. Auffällig sei der stetig fortschreitende Trend zu externer Arbeiterledigung durch Maschinenringe oder Lohnunternehmer; dieser Sektor wachse mit fünf Prozent jährlich. Perspektivisch sagt der Wissenschaftler einen sich beschleunigenden Strukturwandel voraus, der den verbleibenden Unternehmern ein hohes Maß an Professionalität und Anpassungsfähigkeit abverlange.

Gesellschaft

Ging es zunächst hauptsächlich um Rationalisierung und technischen Fortschritt, so legte dann Prof. Harald Grethe vom wissenschaftlichen Beirat des BMEL den Finger auf die Wunde der mit der technischen Professionalisierung in der jüngeren Vergangenheit einhergegangenen Entfernung von den ge-

sellschaftlichen Ansprüchen an die landwirtschaftliche Tierhaltung. Grethe forderte eine umgehende und weitreichende Anhebung des Tierschutzniveaus in der deutschen Nutztierhaltung. Nach Berechnungen des Experten wären bundesweit jährlich 3 bis 5 Mrd. Euro zur Anpassung notwendig. Die bereits umgesetzte Marktdifferenzierung (Kennzeichnung tiergerechter Erzeugung) betrifft bislang nur ein Prozent des Marktvolumens. Umfragen zufolge wären 20 Prozent der KonsumentInnen erreichbar. Auf gesellschaftliche Wünsche nach einer multifunktionalen Landwirtschaft, in der wieder mehr Wert auf Lebensleistung und Tiergerechtigkeit gelegt werde, ging die Journalistin Tanja Busse in ihrem Beitrag ein. Schlussendlich stellten Studierende des Fachbereichs Agrarwirtschaft der Fachhochschule in Rendsburg ihre Untersuchungen zur Agrarpolitik und dem Strukturwandel in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein vor. Neben dieser beachtenswerten Situationsbeschreibung haben die Studierenden einen Kurzfilm zum Strukturwandel konzipiert und produziert. Am Beispiel von drei Jungbauern und deren Familienbetrieben (zwei Milchviehbetriebe und ein Legehennenhalter) wird darin das Thema „Individuelle Betriebsentwicklung im Spannungsfeld ‚Wachsen oder Weichen‘“ dargestellt und kritisch hinterfragt. Am Ende war es allerdings nicht möglich, in eine Diskussion über all die Facetten des Strukturwandels auf der sehr frontal konzipierten Veranstaltung zu kommen. Kritische Referenten waren nicht eingeplant, eine kritische Sicht auf das Thema Strukturwandel wohl nicht gewünscht.

Uwe Schreiber,
AbL Schleswig-Holstein

Auf die Trecker!

Für viele Bauern und Bäuerinnen ist es inzwischen ein fester Termin im Kalender: zwischen Weihnachtspause und Frühjahrsbestellung geht es mit dem Trecker nach Berlin. Auch nächstes Jahr wird es wieder wichtig, Flagge zu zeigen, der „Wir haben es satt“-Demo ein bäuerliches Gesicht zu geben. Besonders im Jahr der Bundestagswahl gilt es Aufmerksamkeit zu schaffen für den katastrophalen Strukturwandel, der sich jenseits der Großstädte vollzieht. Eine falsche Agrarpolitik macht nicht nur tausende Existenzen auf bäuerlichen Betrieben kaputt sondern hängt den ländlichen Raum insgesamt ab. Gewollt ist das von der Agrarindustrie, nicht aber von der Gesellschaft, die sich eine bäuerliche Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung, den Schutz der Umwelt wünscht. Zeigen wir Bauern und Bäuerinnen, dass wir mit dabei sind! Auf die Trecker, auf nach Berlin am 21. Januar 2017. cs

Kommission plant Gentechnikanbau in Europa

Jetzt sollen Sorten mit altbekannten Konstrukten und Mehrfachevents zugelassen werden

Die EU-Kommission plant, noch in diesem Jahr drei GV-Maissorten zum Anbau in der EU zuzulassen. Die Abstimmung der Mitgliedstaaten findet voraussichtlich am 2. November statt. Wird bei der Abstimmung – wie eigentlich üblich – keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen den Anbau erzielt, kann die Kommission über den Anbau allein entscheiden.

Politisch brisant

Die anstehende Abstimmung über die Anbauzulassung der drei Maissorten ist politisch höchst brisant und eine Bewährungsprobe, denn seit Inkrafttreten der im März 2015 verabschiedeten Opt-out-Richtlinie ist es das erste Mal, dass die Mitgliedstaaten über eine Anbauzulassung von GV-Pflanzen abstimmen. Durch diese Richtlinie haben die Mitgliedstaaten mehr Möglichkeiten bekommen, den Anbau in ihrem eigenen Land zu verbieten. Ob die Verbote tatsächlich rechtssicher sind, werden Klageverfahren zeigen. Die Frage ist, ob die Strategie der Kommission aufgeht: Sie war es leid, immer der Buhmann zu sein und am Ende eine Anbauzulassung zu erteilen, obwohl die Mitgliedstaaten sich nicht mit einer qualifizierten Mehrheit für oder gegen den Anbau aussprachen. Jetzt hofft die Kommission auf schnelleres Durchwinken der Anbauzulassungen, weil die Mitgliedstaaten ja im eigenen Land verbieten können. Es könnte also ein neues Kapitel in der Gentechnikdebatte eingeleitet und der Anbau in Europa forciert werden. Deshalb ist es wichtig, jetzt klare Signale zu senden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, nicht nur in ihrem Land den Anbau zu verbieten, sondern auch Verantwortung für die gentechnikfreie Landwirtschaft Europas und die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen zu übernehmen, indem sie der europaweiten Anbauzulassung nicht zustimmen.

Uralt-Maissorten für Europa?

Die drei GV-Maissorten produzieren ein Insektengift, das gegen Maiszünslerlarven wirksam sein soll. Monsanto's MON810 ist zur Wiederzulassung vorgeschlagen, der Bt11 von Syngenta und der 1507-Mais von Pioneer/Dow AgroScience zur Erstzulassung in Europa. Alle drei sind schon etwas „betagt“. MON810 wurde 1998 zum Anbau in Europa zugelassen und befindet sich seit 2008 in der Wiederzulassung.

Bt 11 war eine der weltweit ersten GV-Pflanzen, die im Jahr 1996 für den Anbau in Kanada zugelassen wurde. 1996, also bereits vor 20 Jahren, wurde auch eine Anbauzulassung in Europa beantragt. Der GV-Mais 1507 wird seit 2001 in den USA angebaut. Seit 2001 läuft auch das Zulassungsverfahren für den Anbau in Europa, also auch bereits 15 Jahre. In den aktuellen US-Saatgutkatalogen von DuPont Pioneer und Syngenta werden 1507 und Bt11 gar nicht mehr angeboten! Eine veraltete Technologie für Europa?

Bt versagt in der Praxis

In der Praxis bringt Bt-Mais wenig Vorteile, im Gegenteil. Schon nach wenigen Jahren werden die Schädlinge, gegen die das Bt-Toxin wirken soll, resistent und sie vertragen eine höhere Giftdosis. Beispielsweise der 1507 in Brasilien: Bereits im dritten Anbaujahr tötete das 1507-Insektengift den Maiszünsler nicht mehr. Stattdessen kam es dort zu Fraßschäden mit bis zu 30 % Ernteverlusten. Eine andere Folge des großflächigen Anbaus von Bt-Mais ist, dass das Fraßgift den Zielschädling dezimiert, aber dadurch andere Schädlinge, die vorher keine Rolle spielten, die entstehende ökologische Nische besetzen und die Ernte dezimieren. So beispielsweise der

„Westliche Bohrenschneider“, der sich seit dem Jahr 2000 immer weiter in zahlreichen US-Bundesstaaten des Maisgürtels gen Westen ausbreitet und erhebliche Schäden verursacht. In Spanien hat die Region Aragon Zahlen zum Maisanbau, darunter auch zum Ertrag vom GV-Mais MON810 veröffentlicht. Das Ergebnis: „Es existieren keine signifikanten Unterschiede im Ertrag zwischen den isogenen Ausgangslinien und den Gentechnikmaissorten“, so der Bericht. Schon in den letzten fünf Jahren zeigten sich ähnliche Ergebnisse. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass noch einmal grundsätzlich darüber nachgedacht werden sollte, ob der Anbau von Gentechnikmais der Region tatsächlich etwas bringt.

Kontaminationsgefahr

Bislang ist man davon ausgegangen, dass Mais in Europa keine Wildverwandten hat, weswegen beim Zulassungsverfahren eine mögliche Auskreuzung von GV-Mais in Wildpflanzen nicht beachtet wurde. 2009 aber wurde Teosinte, die Urform des Mais, in Spanien gefunden. Außer in Spanien ist Teosinte seit 2012 auch in Frankreich nachgewiesen. Inzwischen entwickelt sich das Wildgras in drei Regionen Spaniens zur invasiven Art und hat dort einen erheblichen Schadenslevel er-

reicht. Auch auf Gentechnikfeldern wurden Teosintepflanzen gefunden. Weil Teosinte mit Mais kreuzungskompatibel ist, besteht das Risiko des Gentransfers zwischen dem in Spanien angebauten GV-Mais MON810 und Teosinte. Das Gentechnikkonstrukt könnte sich so vermehrt in der Umwelt und in der Nahrungskette ausbreiten. Die europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA sieht darin kein Problem und behauptet, dass sich die Ausbreitung von Teosinte wirksam kontrollieren lasse. Das entspricht nicht den Praxiserfahrungen in Spanien, Bauernverbände wie die COAG warnen vor der Entstehung eines „Superunkrauts“.

Defizite bei der Risikobewertung

Trotz ihres Alters und trotz Nachforderungen seitens der Mitgliedstaaten sowie der EFSA ist die Datenlage bei Bt11 und 1507 sehr dünn. Bei diesen beiden sind kaum eigenständige Untersuchungen durchgeführt worden, weder zu Auswirkungen auf Nichtzielorganismen (bspw. europäische Schmetterlinge, Käfer, Wasserinsekten) noch zur Stresstoleranz der GV-Pflanzen (Trockenheit etc.). Bis heute ist die genaue Wirkweise der Bt-Toxine nicht vollständig geklärt. Anders bei MON810: Hier gibt es mehr Studien. Diese führten dazu, dass MON810 aufgrund neuerer Erkenntnisse, u. a. zur Auswirkung auf Nichtzielorganismen, in acht Mitgliedstaaten verboten wurde – 2009 auch in Deutschland.

Enthaltung reicht nicht

Für Europa ist die Abstimmung über die drei Anbauzulassungen eine Weichenstellung. Bleibt die EU bei Ihrer Gentechnikablehnung? Sichern die Mitgliedstaaten gemeinsam den Wettbewerbsvorteil für konventionelle und ökologisch wirtschaftende Betriebe? Oder öffnen sie die Türen zum Anbau in Europa – und das mit veralteten Sorten, die in der Praxis versagen und in den USA schon längst nicht mehr eingesetzt werden? Mit uns nicht! Es gilt, die Gentechnikfreiheit zu verteidigen. Auf der eigenen Scholle, in gentechnikfreien Regionen, durch bundesweit durch den Bund erteilte Anbauverbote und durch die Ablehnung des Gentechnikanbaus in Europa und weltweit mit einem klaren „NEIN“.

Annemarie Volling,

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft



Woher weht der Wind in Sachen Gentech.Mais in Europa?

Foto: Michel/Pixelio

Bauern lehnen Gentechnik-Flickenteppich ab

Schmidt sichert bundesweite Anbauverbote nicht

Opt-out meint die Möglichkeit für EU-Mitgliedstaaten, den Gentechnikanbau auch aus umwelt-, agrarpolitischen oder sozioökonomischen Gründen zu verbieten. Um die Umsetzung dieser EU-Richtlinie in das Gentechnikgesetz gibt es ein zähes Ringen. Anfang Oktober hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt seinen dritten Gesetzesentwurf dazu vorgelegt. Dass es nun wieder Bewegung gibt, ist zu begrüßen. Allerdings verfehlt der Entwurf das Ziel, die gentechnikfreie konventionelle und ökologische Landwirtschaft, Imkerei, Saatgut- und Lebensmittelerzeugung zu schützen. Bundesweite Anbauverbote werden durch den Gesetzesentwurf nicht gesichert. Die AbL hat eine Stellungnahme eingereicht – hier einige Kritikpunkte im Überblick:

Hürden für Phase 1

Es gibt zwei Phasen, in denen der Anbau von GV-Pflanzen durch die Opt-out-Regelung verboten werden kann: Phase 1 (während des Zulassungsprozesses) und Phase 2 (nach erteilter europaweiter Anbauzulassung). Ein Fortschritt ist, dass die Phase 1 im aktuellen Gesetzesentwurf das gesamte Hoheitsgebiet umfassen soll. Die Zuständigkeit soll hier vordergründig der Bund haben. Das Nutzen der Phase 1 wird aber durch Auflagen erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Für ein Aufforderungsschreiben soll eine Mehrheit der Bundesländer dies wollen und dafür „begründete Erklärungen aufgrund zwingender Gründe“ liefern. Laut EU-Richtlinie sind Be-

gründungen nicht erforderlich, sie erhöhen die Hürden und den Aufwand der Phase 1 unnötig. Zudem sollen fünf weitere Bundesministerien ihr Einvernehmen erklären. Ein Veto eines einzelnen Ministeriums kann so die Phase 1 verhindern. Wahrscheinlich ist also, dass Phase 1 regelmäßig nicht gezogen wird. Im Gesetzestext muss zudem die Regelung ergänzt werden, dass der Bund selber die Phase 1 zieht, wenn er dies für notwendig erachtet.

Phase 2 in Länderverantwortung?

Auch die Regelungen der Phase 2 (Möglichkeit, den Anbau nach der EU-Anbauzulassung zu verbieten) sind kritisch zu beurteilen. Denn laut Gesetzesentwurf können der Bund und die Bundesländer gleichzeitig Anbauverbote in Phase 2 durch eine Rechtsverordnung erteilen. Diese Parallelität führt zu Rechts-Chaos und mangelnder Zuständigkeit, auch weil der Bund nur in bestimmten Fällen eine Rechtsverordnung erarbeiten soll. Diese Regelung droht in einem Anbauflickenteppich zu enden, denn wenn die Länder selber Verbote aussprechen, wird sich der Bund nicht mehr in der Pflicht sehen, tätig zu werden. Das Ziel, bundesweite Verbote zu verhängen, wird durch die so genannte Länderöffnungsklausel unterlaufen, die aus Sicht der gentechnikfreien Landwirtschaft abzulehnen ist. Nach vorliegendem Entwurf zieht sich der Bund völlig aus der Verantwortung, bundesweite Verbotsgründe zu formulieren, und überlässt diese Aufgabe den Ländern. Die Länderbehörden sollen die Verbotsgründe



Keine Flickenteppich-Regelung für Landwirtschafts-Flickenteppiche

Foto: Mohr/Pixelio

liefern. Der Bund soll dies nur koordinieren, das reicht nicht aus. Verbotsbegründungen müssen auch von den Bundesbehörden eingeholt werden, da sie am Genehmigungsverfahren beteiligt sind und bundesweite Auswirkungen im Blick haben sollten. Der Bund muss aktiv selber Verbotsgründe ausloten und diese mit den gelieferten Gründen abstimmen, so dass rechtssichere bundesweite Verbotsgründe verfasst werden. Zudem können laut Vorschlag ein einzelnes Bundesland oder Teile des Hoheitsgebietes vom bundesweiten Anbauverbot wieder ausgenommen werden. Dieses „Opt-in“ ermöglicht wieder einen Flickenteppich und ist abzulehnen. Das Zugeständnis an Teile der Politik, den Anbau zu Forschungszwecken trotz Verbot zu erlauben, lehnt die AbL ab, denn auch das unter-

gräbt bundeseinheitliche Anbauverbote. Gut ist, dass inzwischen zehn Bundesländer in einem offenen Brief den Entwurf kritisiert haben. Es sind viele kritische Stellungnahmen eingereicht worden, auch von anderen Verbänden. Am 2. November wird sich das Kabinett mit dem Entwurf beschäftigen. Was macht die SPD, die sich für bundesweite Anbauverbote stark gemacht hat? Was macht die CSU? Es muss weiter Druck der Zivilgesellschaft ausgeübt werden, um bundesweite, vom Bund erteilte Anbauverbote zu erreichen.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

Die AbL-Stellungnahme zum Gentechnikgesetzesentwurf findet sich auf der AbL-Homepage.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2016 Schwerpunkt: Wachstum - 22,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Matthias Stührwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für 85. Dezember ist der 11. November 2016. Chiffrezuschläge: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Hof und Arbeit

• **LW-Gemischt-Betrieb**, ca. 20 ha, süddeutscher Raum, schuldenfrei, sucht aus gesundheitlichen Gründen Übernehmer/in zur Weiterführung. ☎ 0151 - 56 98 21 57

• **Suche Melkstelle auf Biohof** (50-70 Kühe) möglichst abends, nahe Soltau/Fallingb.. Ich bin ab Okt. 2016 in Quer-einsteiger- Ausbildung zur Landwirtin, 60 J., melke seit 4,5 Jahren. Bezahlung: 450,-Euro möglich. Ich suche ebenfalls eine günstige Miet-Wohnung, ca. 50 qm, möglichst Stadt im selben Raum. e-mail: elbeweserfan@de-riese.info oder ☎ 016092694135

Sonstiges

• **Bioland-Obstbäume und Beerenobst**, bewährte Sorten, beste Bioqualität Baumschule PFLANZLUST ☎ 05692 - 8635, www.biobaumversand.de



Marktstände für Direktvermarkter
ökologisch - praktisch - schön

www.klipklap.de 16845 Rohrlack 033928 239890



HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Herbsttagung Landesverband Niedersachsen
23.10.2016, 10.00 Uhr

Bauer – Landwirt – Agrarunternehmer (m/w)
Wer bin ich, wer will ich sein?

Ort: Niedersachsenhof, Lindhooper Straße 97, 27283 Verden
Unkostenbeitrag 20,- € für Kaffee und Mittagessen.
Für Studenten, Arbeitslose etc. auf Antrag Verbilligung.
Anmeldung zum Mittagessen: o.ilchmann@yahoo.de, Tel.: 04967/334



Tag der Landwirtschaft
30.10.2016, 9.00 - 17.00 Uhr

Vorträge und Podiumsdiskussion:
Bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen!
Anschließend: Diskussion über aktuelle agrarpolitische Forderungen und Wahl des Abl-SprecherInnenrates
Gäste und Interessierte sind herzlich willkommen!

Unkosten: 15 bis 25,- € - Getränke, Imbiss, Mittagessen, Kaffee und Kuchen
Ort: Hochschule Anhalt in Bernburg

Veranstaltungen

Dürfen wir alles, was wir könn(t)en?

27.10.16 bis 26.01.17, Witzhenh. Abendveranstaltungsreihe zu Agrobiodiversität, Saatgutsouveränität, neue Gentechniken, Ethik in der Forschung und Macht der Konzerne - sowie Möglichkeiten des bäuerlichen Widerstandes. Mehr auf www.ledomo.ringvorlesung-witzenhausen.de

Hochwasserschutz

1.-2.11.2016, Rehburg-Loccum Tagung zum Thema: „Vor uns die Sintflut? Hochwasserschutz in Deutschland“.

Ort: Evangelische Akademie Loccum
Information und Anmeldung: <http://www.loccum.de/programm/p1667>.html

Neue Züchtungstechniken

02.11.2016, 11.30 Uhr, Berlin Die Deutsche Agrarforschungsallianz dafa diskutiert öffentlich die Akzeptanz neuer Züchtungstechnologien.

Anmeldung: www.dafa.de/de/startseite/veranstaltungen/forschungsstrategisches-fachforum-2016.html, Ort: Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund, Behrenstraße 21/22, 10117 Berlin

Fortbildung Öko-Landbau

03.11.2016, 9.00 Uhr, Bad Dübener Tagung der Sächsischen Interessensgemeinschaft Ökologischer Landbau e.V..

Ort: Heide Spa Hotel, Bitterfelder Straße 42, 04849 Bad Dübener, Unkostenbeitrag 10,- €, Anmeldung und Informationen: Tel./Fax: 034243-21491

Hülsenfrüchte

03.-04.11.2016, Berlin Kongress des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zum Thema: „Hülsenfrüchte - Wegweiser für eine nachhaltigere Landwirtschaft“.

Information und Anmeldung: www.bmel.de/SharedDocs/Termine/Veranstaltungen/BMEL-Veranstaltungen/16-11-03-04-HuelnsenfruechteTagung.html

Herbsttreffen

04.-06.11.2016, Nähe Kassel Kooperationen kultivieren! Herbsttreffen des Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

www.solidarische-landwirtschaft.org

EU-Milchmarkt

08.11.2016, 20 Uhr, Herrieden Wie weiter mit dem EU-Milchmarkt? - Referent: Romuald

Eiweißfutter aus Niedersachsen – Termine

01.11.2016, 10.30 - 15.30 Uhr, Knüllwald
Legehennenfütterung mit heimischen Eiweißfuttermitteln
vorm.: Bürgerhaus, Lange Straße 19, 34593 Knüllwald-Remfeld, anschl.: Domäne Niederbeisheim, Wichter Str. 15-17, 34593 Knüllwald-Niederbeisheim

08.11.2016, 19.30 Uhr, Groß Schneen
Ackerbohnen in die Schweinefütterung
Tierhalter, Futtermischer und Anbauer berichten Teilnehmer (u.a.): Landberatung Northeim, Duderstadt Dorfkrug Groß Schneen, Landstraße 10, Groß Schneen in Koop

29.11.2016, 19.30 Uhr, Cadenberge
Ackerbohnen in die Schweinefütterung
Teilnehmer (u.a.): FH Soest, Landberatung Nordkehdingen GastroMarc5, Am Markt 5, 21781 Cadenberge

Die Veranstaltungen sind kostenfrei. Ein Kostenbeitrag für Essen und Getränke kann vor Ort beglichen werden.

info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de



Schaber, EMB und BDM Vorsitzender.

Ort: Herrieden, Bergwirt

Klimakrise und Landwirtschaft

09.11.2016, 14 - 18 Uhr, Berlin Auf der BÖLW-Herbsttagung 2016 geht es um darum, wie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Politikstrategien, Handelsregeln und Verträgen zum Klimaschutz integriert werden können, welche Umbaumaßnahmen für eine klimafreundliche Zukunftswirtschaft auf den Weg gebracht werden müssen und welchen Beitrag die ökologische Wirtschaftsweise leisten kann.

www.boelw.de

Umweltgifte

09.11.2016, 20 Uhr, Emsdetten Frau Prof.Dr. Witte von der Universität Oldenburg wird in der Veranstaltung die Folgen der zunehmenden Belastungen durch Chemikalien in unserem Umfeld darstellen und die Kombinationswirkungen aufzeigen.

Ort: Stroetmanns Fabrik, Friedrichstraße 2, Emsdetten

GAP und Brexit

09.-10.11.2016, Göttingen Veranstaltung der Agrarsozialen Gesellschaft mit den Themenblöcken: „Den europäischen Mehrwert der GAP im Lichte der Brexit-Entscheidung überprüfen“ und „Die zwei Säulen-Struktur der GAP - abschaffen oder neu ausrichten?“.

Information und Anmeldung: www.asg-goe.de

GMO Symposium 2016

10.11.2016, Bern Die Schweizer Allianz Gentechfrei lädt zu einer vertieften Diskussion über die Risiken der Gentechnologie.

Information und Anmeldung: <http://symposium.gentechfrei.ch/de>

Biologische Landwirtschaft

10.11.2016, A - Irdning Österreichische Fachtagung: LOW-INPUT Grünlandwirtschaft u. Rinderhaltung - Erfahrungen aus Forschung und Praxis.

<http://www.raumberg-gumpenstein.at/cm4/de/aktuelles-lfz/termine.html>

Perspektivwechsel!

11.-13.11.2016, Fulda Öko-Junglandwirte-Tagung.

Tagungsort: Jugendherberge Fulda Schirrmannstraße 31, 36041 Fulda.

Anmeldung und Information: <http://www.oeko-junglandwirte-tagung.de>

GVO unseriös

14.11.2016, 19.30 Uhr Witzhenh. 15.11.2016, 18.30 Uhr Bielefeld Steven M. Druker, Autor des Buches „Altered Genes, Twisted Truth“ mit dem Vortrag: „Warum das GVO Unterfangen wissenschaftlich unseriös ist“

14.11., Kleine Aula, Campus Nordbahnhofstraße, Witzhenhausen 15.11. Hörsaal 1, Uni Bielefeld

Grundkurs Speiseeis

15.-16.11.2016, Bremen Mit dem zweitägigen Praxissminar „Eis vom Lande – Speiseeis handwerklich hergestellt“ erhalten Interessierte das Rüstzeug, um selber in die Speiseeisherstellung aus Rohmilch einsteigen zu können.

Ort: Hof Kaemena, Niederblockland 6, 28357 Bremen Weitere Informationen: www.milchhandwerk.info/service/veranstaltungen/details/4447

Klimapolitik und Bioökonomie

16.11.2016, 10 Uhr, Berlin Natur im Dienst von Klimapolitik und Bioökonomie? Die Biodiversitätskonvention und die Zukunft der Landnutzung. Fachtagung von Brot für die Welt.

Ort: Caroline-Michaelis-Straße 1, Berlin
Anmeldung: info@fdcl.org

6. Leguminosentag

23.11.2016, Bad Sassendorf Diskussions- und Vortragveranstaltung zum Thema „Neue Chancen für Anbau und Verwertung von Leguminosen in NRW.“

Ort: Haus Düsse, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Information und Anmeldung: Heinrich.Brockerhoff@lwk.nrw.de, Tel.: 0228 7031312

Witzenhäuser Konferenz

06.-10.12.2016, Witzhenhausen Thema: „Ich mach dir den Hof - Brennpunkt Hofübergabe“.

www.konferenz-witzenhausen.de

Konzerne und Saatgut

09.-11.12.2016, Witzhenhausen Fortbildung für MultiplikatorInnen von FIAN Deutschland e.V. zum Thema: „Saatgut - Konzerne greifen nach unserer Ernährungsgrundlage“.

Information und Anmeldung: <https://www.fian.de/mitmachen/termine/>

TTIP und die Konsequenzen

01.12.2016, 18 Uhr, Berlin Das 12. Zivilgesellschaftliche Außenwirtschaftsforum in Berlin diskutiert zu dem Thema: „Fleisch aus der Region oder vom Weltmarkt – TTIP und die Konsequenzen“.

Anmeldung: grotefendt@forumue.de
Infos: www.abl-ev.de/termine.html



KEIN AUSVERKAUF DER LANDWIRTSCHAFT

17.11.2016, 20 Uhr, Neunkirchen Was bedeuten die Freihandelsabkommen TTIP und CETA für unsere Landwirtschaft vor Ort? Diskussionsveranstaltung mit der amerikanischen Landwirtschafts- und Freihandelsexpertin Shefali Sharma.

Veranstalter: Abl NRW
Ort: Gasthaus Bockenbusch, Bockenbuscher Weg 2, 53819 Neunkirchen (Polhausen)



AUF ZUR DEMO NACH BERLIN!
SA. 21.1.2017 POTSDAMERPLATZ
12 UHR

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschritt: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 103,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 138,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 48,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 73,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: _____ Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____
 BIC: _____
 IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Leben wie Bauer in Frankreich ...

Von Hof zu Hof ziehen und dabei Sprache, Mentalität und Landwirtschaft kennen lernen: Mit dieser Idee war ich im Sommer in Frankreich unterwegs, und nun, mit einer Menge Eindrücke zurück, möchte ich gern einige davon teilen:

Malbouffe

Eines der wohl noch am besten bewahrten Stereotype über die französische Lebensweise ist das gute Essen: Wein, Käse, Croissants, Baguette ... Ich befinde mich im Pays de Langres (Nordost Frankreich), ein dünn besiedeltes, dafür umso bewaldeteres Gebiet, das aufgrund seiner überwiegend armen Böden und hügeligen Landschaft einen ziemlich hohen Anteil an kleinstrukturierten und ökologisch bewirtschafteten Bauernhöfen hat. In Colmier-le-Haut, wo ich bei einem Ackerbauern mitarbeite, werden über die Hälfte der Gemeindeflächen zertifiziert ökologisch bewirtschaftet. Die meisten Menschen, die hier noch wohnen, haben in ihrem Arbeitsalltag mit Lebensmittelproduktion oder -verarbeitung zu tun. Und in der Tat erlebe ich es hier im Austausch mit der ländlichen Bevölkerung so, dass Essen in Form gemeinsamer und ausgiebiger Mahlzeiten mittags und abends einen hohen Stellenwert hat. Wie auch auf vielen deutschen Höfen spielt das gemeinsame Essen eine besondere Rolle im Tagesverlauf. Was mich beeindruckt, ist die Ausdauer, mit welcher hier gegessen wird. Anderthalbstündige Mittagessen und mehrgängiges (und -stündiges) „Abendbrot“ habe ich auf verschiedenen Höfen erlebt. So sehr ich die Geselligkeit genieße, sehne ich mich trotzdem manchmal nach einer Mittagspause allein.

So weit zum kommunikativen Teil der

Mahlzeit – aber: Ist das nicht Teil einer ländlichen Idylle, die kaum mehr einer praktiziert? Im Gespräch wird deutlich, dass auch hierzulande immer weniger Menschen sich die Zeit zum Essen nehmen. Viele der Älteren sorgen sich um die Kindergeneration und die Stadtbevölkerung, die sich zunehmend von „Malbouffe“ (umgangssprachlich für schlechtes Essen) ernähren. Sie beschweren sich, dass dem wirklich guten Essen keine Wichtigkeit mehr beigemessen wird und der Preis der Qualität vorangestellt wird. Das kommt mir nur allzu bekannt vor und ich komme ins Grübeln. Nachdem ich einige Male mit beim Einkaufen gewesen bin, bröckelt die schöne Fassade der Feinschmecker zunehmend: Zwar gibt es auch Bauernmärkte, auf denen Zusammenschlüsse von regionalen Bauern ihre Produkte in

einem gemeinschaftlich gemieteten Gebäude direkt vermarkten. Aber für den überwiegenden Teil der Menschen sind eindeutig die großen Supermärkte Anlaufstelle. Hier gibt es schließlich alles: Baguettes für einen halben Euro, fertig vorbereitete Käseplatten und Fertigsalate – die nur umgefüllt und angerichtet werden müssen. Denn die Idee vom ausgiebigen Mahl mit Käse, Wein, Vor-, Haupt- und Nachspeise existiert schließlich noch in vielen Köpfen. Die Diskrepanz zwischen dem traditionsbewussten gesellschaftlichen Anspruch und der effektiv nachgefragten und angebotenen Ware scheint hier besonders groß zu sein.

Gekennzeichnete Herkunft

Kaum anders als bei uns stehen die Preise der Lebensmittel in enger Verbindung mit denen der Rohstoffe. So sind auch

hier die Preise für Milch im Durchschnitt nicht einmal annähernd kostendeckend. Frankreich hat nach Griechenland mit 24 Kilogramm pro Kopf und Jahr den zweithöchsten Käseverbrauch in Europa. Käse als Bestandteil fast jeder Mahlzeit hat kulturelle Bedeutung und jede Region hat ihren eigenen traditionellen Käse: den kräftigen „Langres“ hier in der Region oder auch den bekannteren „Comté“ aus dem Nachbar-Département. Wer Käse kauft, hat vielleicht schon einmal die drei Buchstaben AOC im Käseregal bemerkt. Dieses Kürzel steht für Appellation d'origine contrôlée und bedeutet kontrollierte Herkunftsbezeichnung. Das Label garantiert, dass sowohl die Produktion der Milch als auch die Verarbeitung in einer geographisch begrenzten Region und nach einem bestimmten Rezept stattfinden. Die Bauern, welche für diese regionalen Molkereien produzieren, stehen im Moment meist etwas besser da als ihre Kollegen: Die durchschnittlichen Auszahlungspreise der AOC-Molkereien liegen immerhin um 10 Cent über dem nationalen Durchschnitt. Allerdings ist auch das noch nicht genug, um deren Existenzen zu sichern. Zudem ist die Nische der AOC-Milch bedroht – denn im Rahmen der Verhandlungen über das TTIP-Abkommen mit den USA wurde von amerikanischer Seite deutlich gemacht, dass es durchaus geplant sei, in den USA Nahrungsmittel zu produzieren, die den bislang geschützten ähnlich sind.

Wir sitzen eben alle in einem ... Trecker – und für eine bäuerliche Zukunft in der europäischen und weltweiten Landwirtschaft müssen wir alle an einem Strang ziehen.

Mareike Artlich,
junge ABL



unabhängige Bauernstimme: auf Tour

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221